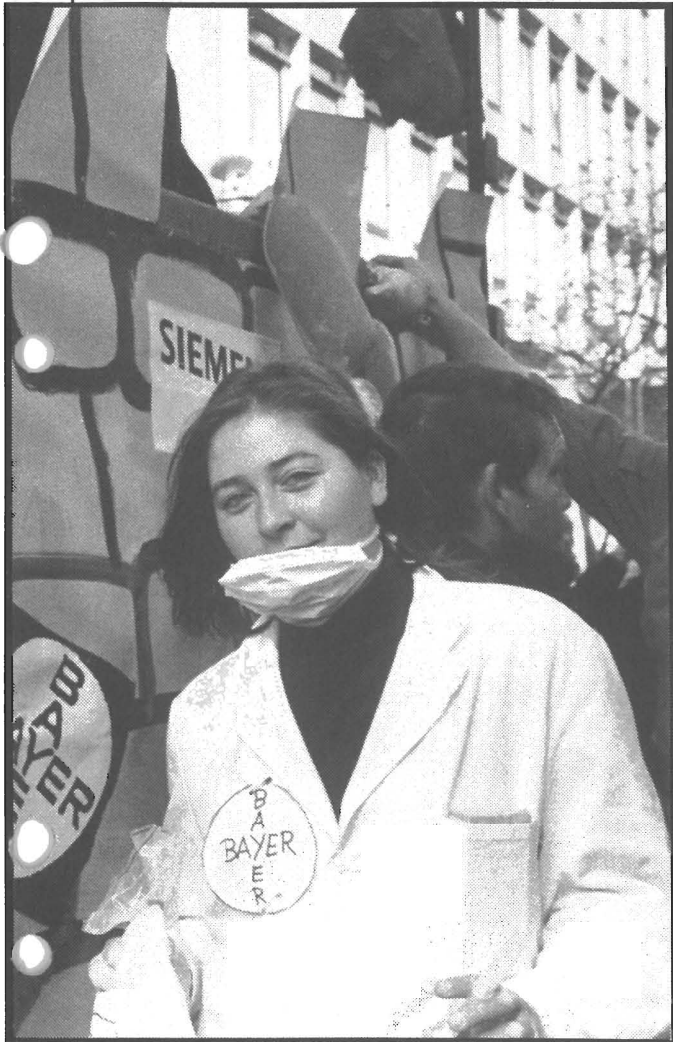


STICH

10. Jahrgang
5-6/92
Dezember 1992



4

BAYER in Bitterfeld

Erpressung mit Arbeitsplätzen

7

BAYER in Wolfen

Schlechte Karten für ORWO

11

BAYER in Dormagen

Leichtes Spiel für Feuerteufel

22

BAYER in Leverkusen

Bericht von der Altlast Dhünnaue

26

BAYER in Wuppertal

Giftmüll wird sozialisiert

29

BAYER-Führer angeklagt

Strafanzeige im Holzgiftskandal

WORT...

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern



Aktuelles zur Umweltpolitik



Umweltgrundrecht in die neue Niedersächsische Verfassung!

VERFASSUNG GEHT UNS ALLE AN!
 Die derzeitige Niedersächsische Verfassung schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht ausreichend; Rechte der Natur sind nicht durchsetzbar.

Die anstehende Überarbeitung der Niedersächsischen Verfassung bietet die Chance, diesen Zustand zu verändern.

Darum fordert der LBU die Einführung eines verbindlichen und einklagbaren Umweltgrundrechtes:

"Jeder Mensch hat ein Recht darauf, daß in seinem Lebensumfeld die natürlichen Lebensgrundlagen unbeschadet bewahrt und gepflegt werden und daß dieser Zustand auch für seine Kinder bewahrt wird."

Weitere Informationen:
 Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.
 Aldehimerstr. 9, 3000 Hannover 81
 Tel. 0511-830873, FAX 0511-830898

STICHWORT... INHALT

BITTERFELD
 Erpressung mit Arbeitsplätzen.
SEITE 4

WOLFEN
 Geht ORWO vor den Hund, bleibt AGFA kerngesund. Wie ein lästiger Konkurrent kaputtsaniert wird.
SEITE 7

DORMAGEN
 Leichtes Spiel für Feuerteufel. Neue Sondermüllverbrennung in Dormagen.
SEITE 11

SCHLAGLICHER
 Fakten und Meldungen zum BAYER-Konzern
SEITE 15

DHÜNNAUE
 Die Sanierung kommt nicht richtig voran.
SEITE 22

Zum Titelbild:
 Konzernkritische Aktion auf einer Demonstration in Köln. Foto: Herbert Sachs/transparent



Manche Holzgiftopfer können ihre Wohnungen nur noch mit Gasmaske betreten. Die COORDINATION hat nun Strafanzeige gegen die verantwortlichen Konzernlenker Strenger und Grünwald gestellt. Mehr dazu auf Seite 29.

VARRESBECK
 Gewinne werden ja auch nicht sozialisiert. BAYER drückt sich vor Altlastsanierung in Wuppertal-Varresbeck.
SEITE 26

HOLZGIFTE
 Strafanzeige gegen Strenger & Grünwald.
SEITE 29

SOMMERFEST
 Rückblick auf eine Feier.
SEITE 31

STICHWORT... IMPRESSUM

STICHWORT... - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern. 10. Jahrgang. Postvertriebsstück F 10848 F Hg.:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V.

(CBG), Aktiv für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit. CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Je ein Exemplar von STICHWORT... wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 6090 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT... behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.l.s.d.p. Hubert Ostendorf (ho), Ellen Frings (ef), Uwe Friedrich (uf), Regine Günther (rg), Axel Köhler-Schnura

(aks), Mark Pletzer (mp), Ruth Sauerwein (rs), alle c/o CBG, Vondelstr. 36, 6000 Köln 1, Telefon: (0221) 318077, Fax: 3318039

Bankverbindungen:
 Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 90 12, BLZ 600 90 100
 Postgiraamt Essen, Konto Nr. 378383 - 439, BLZ360 100 43

Eigenverlag, Satz, Layout, Vertrieb: CBG
 Druck: DIE GRÜNEN, Bornheim

Anzeigen:
 Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1992 (1/1 S. sw DM 1.000,-, 1/2 S. DM 600,-, 1/3 S. = Spalte DM 350,- zzgl. MWSt.)

STICHWORT... erscheint in mindestens 6 Ausgaben pro Jahr. Das Einzelheft kostet DM 8,-, das Jahressubskription DM 48,- (ermäßigt: DM 30,-). Mitglieder der CBG erhalten STICHWORT... im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT... ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und 2 Belegexemplare übersenden.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT... ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Eigentumsvorbehalt:
 Die Zeitschrift STICHWORT... bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes unverzüglich zurückzusenden.

BAYER

Zur Aufnahme in den portosparenden Postzeitungsdienst hat die Deutsche Bundespost verfügt, den Firmennamen BAYER aus dem Titel dieser Zeitschrift zu streichen. STICHWORT... ist hervorgegangen aus STICHWORT BAYER

Liebe Leserin, lieber Leser,

die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat einen großen politischen Erfolg davongetragen. Während in Frankfurt zwei DESOWAG-Managern der Prozeß gemacht wird, sind bei BAYER in Wuppertal und Leverkusen Hausdurchsuchungen durchgeführt worden. Der Staatsanwalt ermittelt gegen mindestens acht Manager. Endlich!

Jahrelang haben "skrupellose Giftmischer" (Saale-Zeitung) sogenannte Holzschutzmittel vertrieben, obwohl sie von deren Gefährlichkeit genau gewußt haben. Kaum eine Aktionärshauptversammlung ist vergangen, auf der nicht Mitglieder der COORDINATION an das hunderttausendfache Leid der zum Teil schwer Geschädigten erinnert haben. Immer wieder schlug ihnen jedoch die Arroganz der Macht entgegen. Die Mittel seien ungefährlich, hieß es, die Anklagen der COORDINATION nichts anderes, als eine "Indoktrination der Bevölkerung von der Nordsee bis zu den Alpen". Nun ist es heraus: BAYER hat die gefährlichen Gifte nicht nur vertrieben, sondern auch noch



Hubert Ostendorf ist Redakteur von STICHWORT BAYER und Mitglied im Vorstand der CBG.

umdeklariert. Aus PCP-haltigen wurden so PCP-freie Mittel. Dreistes Gesellenstück eines rücksichtslos am Gewinn orientierten Konzerns.

Auf das Frankfurter Urteil dürfen wir gespannt sein. Sollten die DESOWAG-Manager belangt werden, dürfte auch der BAYER-Konzern, ehemals zu 37 % an dem Giftkartell beteiligt, nicht mehr ungeschoren davonkommen. Regreßansprüche in dreistelliger Millionenhöhe drohen. Schon machen sich Angst und Nervosität breit. Bei der erwähnten Hausdurchsuchung erlaubte sich BAYER-Chefjustitiar, Jürgen Schwericke, ein einzigartiges Vorgehen. Statt die Staatsdiener bei ihrer Aufgabe zu unterstützen, wie es seine

Pflicht gewesen wäre, hat er flugs nach dem Werkschutz gerufen. Der wiederum hat die Ermittlungen in einer Weise behindert hat, daß zwischenzeitlich sogar der Einsatz von Handschellen gegen die Unternehmens-truppe erwogen werden mußte. Schwericke soll darüber hinaus mit seinem Einfluß als CDU-Landtagsabgeordneter in Düsseldorf gedroht und den Staatsanwalt mit den Worten "Sie schaff' ich auch noch", angefahren haben. Nun muß der treue BAYER-Jurist mit prozessualen Konsequenzen rechnen.

Ungeschoren schließlich sollen auch zwei andere Herren nicht bleiben: Prof. Herbert Grünewald, ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender sowie sein Nachfolger in diesem Amt, der Ex-Vorstandsboß Hermann Josef Strenger. Die COORDINATION ist der Meinung, daß die Unternehmensleitung für den Holzgiftskandal persönlich verantwortlich ist. Deshalb haben wir Strafanzeige gegen Strenger und Grünewald erstattet.

Hubert Ostendorf

BAYER.

»Erpressung mit Arbeitsplätzen«

BAYER zieht das Land Sachsen über den Tisch

Am 12. Oktober legte BAYER-Chef Dr. Manfred Schneider im Beisein der eisernen Treuhandregentin Birgit Breuel und dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Werner Münch, den Grundstein für das neue Werk in Bitterfeld. Der Ausbreitung des Leverkusener Konzerns im Osten fallen ein Naturreservat und Kleingärten zum Opfer. Man wolle 750 Millionen Mark investieren und 750 Arbeitsplätze schaffen, sagte Schneider, ohne allerdings Garantien dafür zu gewährleisten. Näheres regelt der Ansiedlungsvertrag, ein juristisches Spitzbubenstück. Das BAYER-"Engagement" im Osten wird mit 40 % aus öffentlichen Mitteln gefördert. Auf Drängen von BAYER wird bis 1993 von drei Abwasserzweckverbänden und der CHEMIE AG WOLFFEN ein Klärwerk errichtet, das die neue Ostniederlassung des Chemiemultis ohne zusätzliche Investitionen mitnutzen wird. Die neuen Ost-KollegInnen werden zunächst nur mit 60 bis 70 % der Westtarife entlohnt. Im Mai 1994 bereits soll als erste Produktionsstätte ein Methylcellulosebetrieb, der jährlich 500 Tonnen dieses Stoffes für die Bauindustrie herstellen kann, die Arbeit aufnehmen. Bis 1996 folgen Betriebsteile zur Produktion von 50 Tausend Jahrestonnen Lack, Kosmetika sowie des Tausendsassa's ASPIRIN. (ho)

Von Frank Pollack*

Die kürzeste Verbindung von Bitterfeld nach Wolfen führt durch Betriebsgelände. Auf zehn Quadratkilometern hat sich hier im Laufe unseres Jahrhunderts die Industrie breitgemacht. Während die meisten Anlagen seit zwei Jahren auf ihre Sanierung oder den Abriß warten, wuchert in der Landschaft daneben schon ein neues Geschwür: Der Leverkusener Chemiegigant BAYER. Er entschloß sich Mitte vorigen Jahres, vier Produktionsanlagen in der Chemieregion zu errichten: für Methylcellulose, Lackharze, Kosmetika und Arzneimittel. Herhalten dafür mußte ein beträchtliches Stück Ackerland bei Greppin, mit 53 Hektar so groß wie hundert Fußballfelder. Auf dem Standort der heutigen Industriegebäude habe man trotz sehr gründlicher Prüfung kein zusammenhängendes Areal gefunden; verteidigte Pressesprecher Gerd Dreßen die Entscheidung des Konzerns. Inwiefern aller-

dings eine sehr gründliche Prüfung stattfinden konnte, wenn zwischen den ersten Kontakten und dem Baubeginn gerade ein halbes Jahr lag, ist fraglich. Auch die vage Auskunft, eine Sanierung hätte Jahre in Anspruch genommen und mehrstellige Millionenbeträge gekostet, läßt nicht gerade auf exakte Gutachterresultate schließen. Ganz zu schweigen davon, daß andere Untersuchungen zu beinahe entgegengesetztem Ergebnis kommen. So verkündete Bundesumweltminister Töpfer im Februar, daß ein Viertel des Werksgebietes so gering belastet sei, daß sich Firmen ohne große Sanierungsanstrengungen ansiedeln könnten. Daß selbst vor schutzwürdigen Reservaten nicht haltgemacht wird, bewies bereits die Ansiedlung der Bayer Werke. Die unmittelbare Nachbarschaft zum Naturschutzgebiet Salegaster Forst, einem typischen Auwald, war den neuen Besitzern des Ackerlandes

ein unerträglicher Gedanke. Der Konzern ließ seine Beziehungen spielen, und schon im Januar gliederte die Bezirksregierung Dessau einen Streifen von etwa 20 Hektar aus dem Gebiet aus. Hans Zimmermann (CDU), bekannt als der grünste Schwarze im Kreis, bezeichnete die Vorgabe um die BAYER-Ansiedlung schlicht als eine Erpressung mit Arbeitsplätzen. Angesichts der geschaffenen Tatsachen hofft Zimmermann, wie viele Menschen im Raum Bitterfeld, wenigstens auf einen Domino Effekt - darauf, daß der große Name BAYER andere Investoren nach sich zieht. Denn die vom Unternehmen nach eigenen Angaben angestrebten 750 Arbeitsplätze sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Bislang allerdings ist nicht zu sehen, daß diese Rechnung aufgeht. Liest man den Ansiedlungsvertrag für Greppin Nord vom April, gewinnt man eher den Eindruck, die Region wolle dem BAYER-Konzern auf die Strümpfe helfen. Josef Bußkamp, Rechtsanwalt aus Halle: Das ist kein Vertrag, das ist ein Diktat. Mit diesem Papier kann BAYER im Zweifel alles erreichen. Der Jurist kritisiert vor allem den Vertragstext. Für die Vertreter der Region, also Treuhandanstalt, Chemie AG Bitterfeld Wolfen (ehemals Chemiekombinat) und die Gemeinde Greppin, geht es hart zur

**»Das ist kein
Vertrag, das ist
ein Diktat.«**

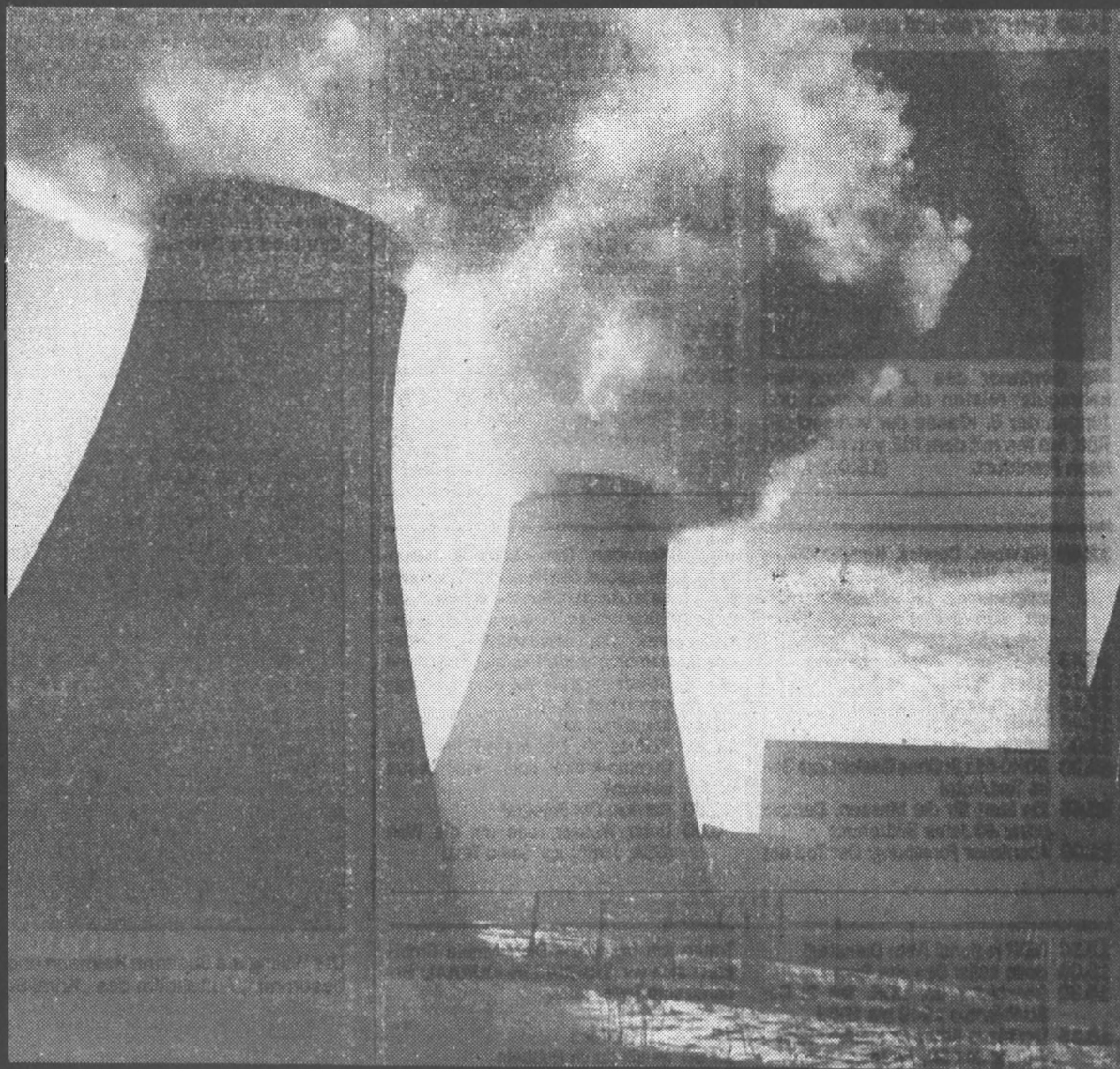
Sacher: Sie werden die Sanierung des Geländes vornehmen, sie verpflichten sich, alle Erschlie-

ßungsmaßnahmen durchzuführen usw. BAYER hingegen hält sich bedeckt: Man beabsichtigt, DM 750 Mio. zu investieren, plant langfristig den Standort weiter zu entwickeln, beabsichtigt, bis zum 31.12.94 mindestens 500 Arbeitsplätze zu schaffen. Kurz gesagt: Wenn's nichts Rechtes wird - Pech gehabt! Was die Arbeitsplätze betrifft, befindet sich zwar im Anlageteil eine Preisklausel, doch die wird dem Chemie-Multi kaum Sorgen bereiten: Wenn Ende 1995 nicht mindestens 400 Mitarbeiter beschäftigt werden, soll sich der Grundstückskaufpreis für jeden nichtgeschaffenen Arbeitsplatz um 100.000 DM erhöhen. Ungerech-

net auf den Quadratmeter wären das 19 Pfennige! Die Gemeinde hingegen verpflichtet sich in dem Vertrag, Bayer bei der Erlangung der erforderlichen Genehmigungen nachhaltig zu unterstützen. Solche Klauseln können dazu beitragen, gewisse Mitspracherechte der Bevölkerung zu unterlaufen, kritisiert Anwalt Bußkamp. Wie das in der Praxis funktioniert, bekamen die Mitglieder der Gartensparte Am Wasserturm in Greppin zu spüren. Lucia Horn, eine 68jährige Kleingärtnerin, erzählt: Zur Mitgliederversammlung im März kamen Vertreter von der Gemeinde und auch von der Chemie AG. Und da erfuhren wir: Die Sparte soll

aufgelöst werden, weil das neue Werk hier eine Zufahrtsstraße durchbauen will. Der verständliche Widerstand der Kleingärtner wurde noch am gleichen Abend in Grund und Boden argumentiert. Lucia Horn: »Man sagte uns, wir hätten keine Möglichkeit, uns zu wehren. Der Pachtvertrag mit der Gemeinde lief in fünf Jahren ohnehin aus und würde nicht verlängert. Dann bekämen wir nicht mal mehr, wie jetzt, 'ne Entschädigung.« Die Kleingartensparte löste sich »auf eigenen Beschluß« hin auf.

* Unser Autor ist Mitarbeiter der ostdeutschen Zeitung DIE ANDERE, der wir diesen Beitrag entnommen haben.



Die Treuhand hat der DDR-Chemie den Todesstoß versetzt; unterdessen breitet sich BAYER in Bitterfeld aus. Um das Risiko zu so klein wie möglich zu halten, hat der Konzern eine BAYER Bitterfeld GmbH gegründet. So beschränkt, wie die Haftung, bleibt auch das Versprechen, 750 Arbeitsplätze zu schaffen.

Bücher für die Leserinnen und die Leser des »Stichworts« aus dem Schmetterling Verlag



**Kritische Aktionäre der Deutschen Bank (Hg.):
Macht ohne Kontrolle
Berichte über die Geschäfte der Deutschen Bank**

Bericht über eine der wesentlichen Schaltstellen des bundesdeutschen Kapitals. Ein Handbuch, das die Kontinuität vom Bau der Bagdad-Bahn bis zu den heutigen Plänen für die Sonderzone "K" nachzeichnet und beschreibt, wie Kapitalismus in dieser unserer Zeit gemanagt wird.

Mit Tabellen, Grafiken, Fotos und Register
184 Seiten, 22,80 DM, 1990,
ISBN 3-926369-40-x

**Countdown für den Dschungel
ÖKOLOGIE UND ÖKONOMIE
DES TROPISCHEN REGENWALDES**
Sommer, Settele, Michelsen, u.a.



**Sommer, Settele, Michelsen u.a.:
Countdown für den
Dschungel —
Ökologie und Ökonomie des
tropischen Regenwaldes**

Anspruchsvolle, differenzierte Einführung, die Lehrmeinungen kritisch aufarbeitet. »...fundiertes Buch aus der engagierten grün-alternativen Szene«

Bücher zu Lateinamerika (3), 1990/91
»... Handbuch, das wohl als derzeit beste Einführung... gelten kann.«

Dr. Rainer Huhle in Hispanorama
296 S., 24,80 DM, 1990, mit Grafiken und Tabellen, ISBN 3-926369-21-3

Johanna Mieth / Christiane Barckhausen
Im Tal der singenden Hügel
Eine Frau mit der Kamera auf den Spuren der amerikanischen Arbeiterklasse.



**Johanna Mieth/
Christiane Barckhausen:
Im Tal der singenden Hügel**

Eine Frau mit der Kamera auf den Spuren der amerikanischen Arbeiterklasse.

Ihr Name: Hansel Mieth. Ein Name, der unwiderruflich für die große fotografische Sozialreportage zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren steht. »Im Tal der singenden Hügel« ist ihre Bilanz: Kindheit in Deutschland, die Wanderjahre im Europa zwischen den Kriegen, unter Hobos und Zitronenpflücker in Kalifornien, die Jahre beim LIFE-Magazin, in den Mühlen der McCarthy-Inquisition, ihre Freundschaft mit Bob Capa und ihr Leben mit Otto Hageil.

208 Seiten, 28 DM, 1991, mit zahlreichen Fotos,
ISBN 3-926369-13-2

**AUFSTANDSBEKÄMPFUNG
IN GUATEMALA**



Demokratisierung als Waffe der Militärs

**Guatemaltekische Kirche im Exil,
medico internacional und Informationsfelle Guatemala (HG.):
AUFSTANDSBEKÄMPFUNG IN GUATEMALA —
Demokratisierung als Waffe des Militärs**

Detaillierte und aktuelle Analyse, die anhand von authentischen Zeugnissen der Betroffenen, Militärdokumenten und umfangreichem Kartenmaterial die »Demokratisierung und Entwicklung« in Guatemala als Instrumente einer umfassenden Aufstandsbekämpfung entlarvt.

Das Buch bilanziert die Militärpolitik der verbrannten Erde und des kontrollierten Wiederaufbaus, die u.a. von der Bundesregierung, der EG und fundamentalistischen Sekten unterstützt wird.

Großformat, zahlreiche Abbildungen, Diagramme und (Lage-)Karten
156 Seiten, 26 DM, August 1991, ISBN 3-926369-64-7

Frauen aus aller Herren Länder



ein Lese- und Bilderbuch

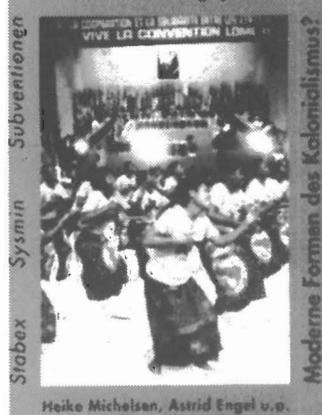
**Frauen aus aller Herren Länder (HG.):
Frauen aus aller Herren Länder
Ein Lese- und Bilderbuch**

»Das Engagement der Herausgeberinnen, ihre offen gezeigte Betroffenheit und ihr Partei ergreifen machen das Buch sehr dicht, direkt, sehr überzeugend.«

Doris Germani in: »Vehement« 5/91

Geschenkbund mit 98 teils farbigen Abbildungen auf Kunststruckpapier, 128 S., Großformat, 34,80 DM, 1990, ISBN 3-926369-12-4

EG-Entwicklungspolitik



Heike Michelsen, Astrid Engel u.a.

**Heike Michelsen, Astrid Engel:
EG-Entwicklungspolitik —
Moderne Formen des Kolonialismus?**

Die verständliche Einführung beschreibt die EG-Entwicklungspolitik, analysiert die Auswirkungen der EG-Politik auf die »Dritte Welt« und zeigt Tendenzen und Perspektiven auf. Aus dem Inhalt: Die Lomé-Verträge; GATT und EG-Binnenmarkt, Nahrungsmittelhilfe; die »Operation Flood«, ein Spiel um den Zucker und Überlegungen, wie es auch anders gehen könnte...

»Auf dem deutschen Buchmarkt gibt es zum Thema derzeit keine vergleichbare Alternative.«

BUKO-Agrar-Koordination, Info 6/91

128 S., 14,80 DM, 1991, herausgegeben vom: AK-Entwicklungspolitik im BdkJ/Stuttgart, ISBN 3-926369-91-4

Schmetterling Verlag

Waiblinger Str. 20A, 7000 Stuttgart 50, Tel.: 0711/562022

Nichts entgeht AGFA

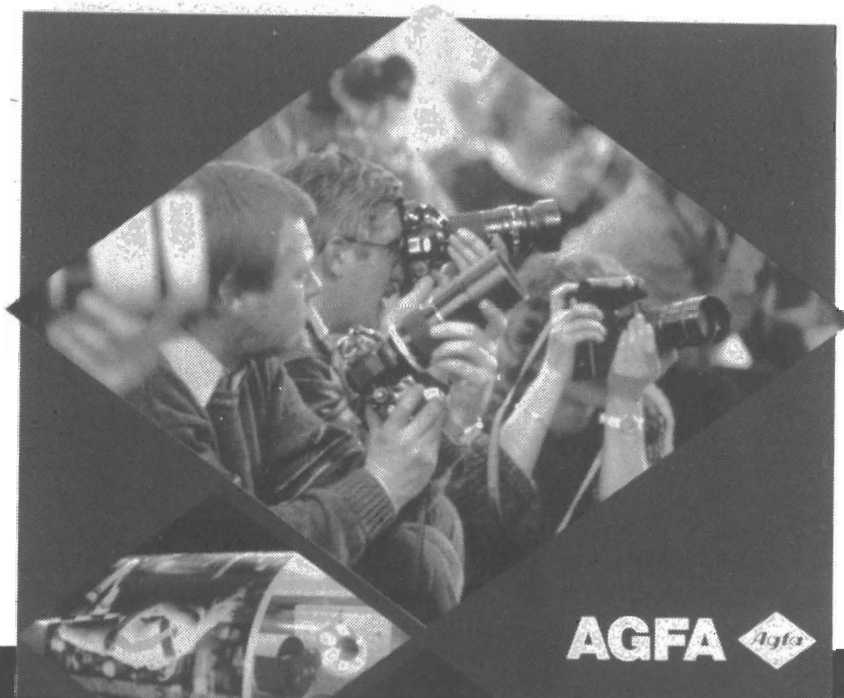
Wie BAYER mit Hilfe
der Treuhandanstalt
einen lästigen Konkur-
renten kaputtsaniert

In Wolfen zeichnet sich eine Katastrophe ab. Die 40 Tausend Einwohner kleine Stadt 30 Kilometer nördlich von Leipzig wird von einer bis dahin nie dagewesenen Arbeitslosenquote mit all den bekannten sozialen Folgen heimgesucht. Dabei hätte das Desaster wenigstens zum Teil abgewendet werden können.

Der einzige große Arbeitgeber vor Ort ist die 1909 gegründete Filmfabrik mit dem Markenzeichen ORWO. Hier entstand 1936 der erste Farbfilm der Welt. Zu DDR-Zeiten wurde der halbe Ostblock mit ORWO-Filmen beliefert. Bereits vor der deutschen Vereinigung hatte die Firmenleitung begonnen, ORWO auf die Marktwirtschaft vorzubereiten. Seither wurden unrentable Betriebsteile stillgelegt, Zuliefererbetriebe ausgegliedert und privatisiert und eine Beschäftigungsgesellschaft zur Sanierung der Umwelt-Altlasten ins Leben gerufen. All das konnte jedoch den enormen Verlust an Arbeitsplätzen nicht wettmachen. Von den ehemals 15 Tausend Filmwerkern haben in den letzten zwei Jahren mehr als zwei Drittel, über 10 Tausend Menschen, bei Wolfens größtem Brötchengeber ihren Arbeitsplatz verloren. In der tristen Trabantenstadt Wolfen-Nord ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Armut, Resignation, Langeweile und Alkoholismus breiten sich aus. Nährboden für rechtsradikale ausländerfeindliche Umtriebe. In Wolfen-Nord steigt die Kriminalität ebenso steil an wie die Selbstmordrate. Viele ehemalige Filmwerker haben mangels anderer Investoren nicht die geringste Chance auf einen neuen Arbeitsplatz.

Dabei hätte die Filmfabrik trotz der harten Konkurrenz nach Einschätzung von Fachleuten durchaus Chancen auf dem Markt. Liefert sie doch hervorragende Schwarzweißfilme zu konkurrenzfähigen Preisen. Der neue ORWO-Farbfilm wurde sogar von der Stiftung Warentest mit "gut" bewertet. Trotzdem ist alles andere als klar, ob das Unternehmen überlebt. Bei denen, die noch Arbeit haben, ist derzeit wenig von Optimismus zu spüren. Eine Arbeiterin: "Ob wir weiter machen können, bin ich mir nicht sicher." Ihre Skepsis ist verständlich. Die ORWO-Kolleginnen sind schon mehrfach um ihre Hoffnungen betrogen worden. Zum Bei-

spiel als die Firma AGFA, 100%ige Tochter des BAYER-Konzernes, Kooperationsverhandlungen angeboten hatte. Das brachte zwar für ORWO nicht den erwarteten Aufschwung, dafür aber AGFA in den Besitz zahlreicher Interna über Produkte, Kunden und Lieferanten des Konkurrenten aus dem Osten. Noch während der Kooperationsgespräche ist der ORWO-Absatz drastisch zurückgegangen. Fotohändler bekamen damals Besuch von Vertretern, die sich als AGFA-Mitarbeiter ausgaben. Die Vertreter boten an, AGFA-Filme gegen großzügigen Preisnachlaß zu liefern und sämtliche ORWO-Filme des Händlers zum vollen Ladenpreis aufzu-



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Wonneberger aus Cottbus ist sauer auf BAYER. Er vermutet, daß die BAYER-Leute bei der Treuhand mit dem Verkauf der Firmen MÄRKISCHE FASER und ORWO nur "lästige Konkurrenten aus dem Markt verdrängen" wollen.

Fotos Ss. 7 & 9: BAYER/Meilensteine

Anzeige

BAYER in den Schlagzeilen

+ Tödliches Chrom in Südafrika - Strafanzeige gegen BAYER + Repression statt Lohn in Brasilien + Verbrannte Erde in Peru + Biowaffen für das Pentagon? + Giftmüll und Krebs in Leberküssen + Holzgiftgeschädigte wehren sich ...



**Für unsere Arbeit
bitten wir um
Unterstützung**

Spendenkonto-Nr. 17 96 12,
Ökobank Frankfurt, BLZ 500 90 100.
Weitere Informationen sowie ein
kostenloses Probeabo von
STICHWORT BAYER bei

**COORDINATION
GEGEN**

BAYER-GEFAHREN

Vondelstr. 36, 5 Köln 1, 0211/318077

kaufen. Allerdings nur dann, wenn sich die Händler bereit erklärten, in Zukunft keine ORWO-Filme mehr in ihrem Sortiment zu führen. Ein glatter Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht. AGFA indes bestreitet, an diesen illegalen Praktiken beteiligt zu sein. Zumindest die meisten der Vertreter seien in Wirklichkeit gar keine AGFA-Mitarbeiter gewesen, sondern hätten sich fälschlich als solche ausgegeben.

Bei der Treuhand für das ORWO-Geschick verantwortlicher Abteilungsleiter war bis Ende Juni dieses Jahres ein gewisser Prof. Schraufstätter. Ihn hatte die AGFA-Mutter BAYER in das Abwicklungsunternehmen der Bankiers-tochter Birgit Breuel delegiert. Dort durfte er über die Zukunft des Ost-Konkurrenten ORWO mitentscheiden. Wen wundert da, daß die Treuhand ein geradezu auffällig geringes Interesse an der Vermarktung des neuen ORWO-Farbfilmes zeigte. Der ehemalige Werbeleiter der Filmfabrik, Lothar Schwarz, gibt einen plastischen Eindruck davon, wie die Treuhand sich um das Wolfener Unternehmen gekümmert hat. Eine aufwendig durch-

geführte Werbekampagne für den neuen Farbfilm straffte sie anfangs mit Ignoranz, später mit schroffer, überheblicher Ablehnung. Ein Herr Schucht von der Treuhand habe, so Lothar Schwarz, angerufen und zwei Kernsätze geprägt: "Einmal, daß man das Geld für die Entwicklung des neuen Filmes genauso gut durch den Schornstein jagen könnte. Die

zweite Äußerung von Herrn Schucht war, daß man diese Filme in gleicher Qualität massenhaft woanders produzieren und auch beziehen kann. Das heißt, daß unsere Produkte eigentlich nicht benötigt würden, am Markt."
Die Kunden der Filmfabrik waren verunsichert. Die Treuhand hatte ihrem Lieferanten die Werbekampagne kaputtgemacht. Auch an der dringend nötigen Erneuerung von Produktionsanlagen zeigte die Treuhand kein Interesse. Dabei hat die renommierte Unternehmensberatung Roland Berger die Filmfabrik schon Ende 1990 als sanierungsfähig eingestuft. In ihrem Gutachten fordert sie: "Modernisierung durch Investitionen zum Abbau des technologischen Rückstandes zur Verbesserung und Sicherung der Qualität der Erzeugnisse und zur drastischen Kostensenkung..." Geld für die Sanierung gab es von der Treuhand trotz dieser Expertise nicht. Diese gab, wohl in der Hoffnung auf einen schlechten Bescheid, erst einmal ein erneutes Gutachten in Auftrag. Als das schließlich auch positiv für ORWO ausfiel, gab es aber immer

Das Team für Bitterfeld wurde in der Treuhand von Prof. Schraufstätter von BAYER betreut. Auch für die BUNA-Werke war ein Mann zuständig, der von BAYER kam: Manfred Pfleger. Das Projektteam LEUNA leitet der BAYER-Vorständler Pol Bamelis. Das Team für Wolfen wurde bis März 91 vom Geschäftsführer des Fotoindustrieverbandes, Rainer Schmidt, betreut. Vorsitzender dieses Verbandes und damit Chef von Schmidt ist Klaus Gerlach, Vorstandsvorsitzender von AGFA. Und AGFA gehört auch wieder zu BAYER.

noch kein Geld. Dafür beschäftigte sich der sog. Lenkungsausschuß Chemie mit der Filmfabrik. Von der Treuhand eingesetzt, soll er Konzepte für die gesamte ostdeutsche Chemieindustrie untersuchen und entwickeln. Für jeden Großchemie-Standort wurde ein eigenes Projektteam eingerichtet. Das Team für Bitterfeld wurde in der Treuhand

von Prof. Schraufstatter von BAYER betreut. Auch für die BUNAWerke war ein Mann zuständig, der von BAYER kam und der inzwischen sogar in der Vorstand des KONzernes aufgerückt ist: Manfred Pflieger. Die gleiche Karriere bei BAYER machte sein Kollege Pol Bamelis, der das Projektteam LEUNA betreute. Das Team für Wolfen und damit die Filmfabrik ORWO wurde bis März 91 vom Geschäftsführer des Fotoindustrieverbandes, Rainer Schmidt, betreut. Vorsitzender dieses Verbandes und damit Chef von Schmidt ist Klaus Gerlach, Vorstandsvorsitzender von AGFA. Und AGFA gehört auch wieder zu BAYER.

Der Lenkungsausschuß empfahl weitere Entlassungen bei ORWO. Wieder wurde eine Unternehmensberatung beauftragt, das Sanierungskonzept der Filmfabrik noch einmal zu überprüfen. Das Ergebnis fiel wiederum positiv aus. Die Sanierungsfähigkeit wurde nun zum dritten Mal gutachterlich attestiert. Geld von der Treuhand aber gab es - wen wundert's - noch immer nicht. Die ORWO-KollegInnen geben unterdessen nicht auf. Schließlich steht ihre Existenz auf dem Spiel. Der Betriebsratvorsitzende, Hartmut Rönneke, berichtet: "Als sich die Treuhand bis dahin immer noch nicht gerührt hat, haben wir mit einer neuen Ge-

schäftsleitung ein nochmals überarbeitetes Konzept bei der Treuhand eingereicht. In einer Beratung bei Herrn Schucht wurde uns eindeutig gesagt, daß die Treuhand die Zielsetzung hat, im Dezember entweder zu privatisieren oder zu liquidieren."

Auf Druck von Betriebsleitung und Betriebsrat hat die Treuhand zwischenzeitlich einen Teilbetrag von 20 Millionen Mark überwiesen. Zu wenig zum Leben und zuviel zum Sterben. Um schwarze Zahlen schreiben zu können, benötigt ORWO immerhin 82 Millionen. Hartmut Rönneke klagt daher: "Wir haben Schwierigkeiten mit Lieferanten von Ausrüstung oder Montageleistung, die im Rahmen der Sanierung notwendig sind. Die wollen natürlich langfristige Verträge mit uns abschließen. Des weiteren gibt es Probleme beim Absatz." Kein Wunder: Nicht wenige Unternehmen überlegen sich, ob sie überhaupt einen Film anbieten sollen, der möglicherweise im kommenden Jahr garnicht mehr produziert wird. Besonders qualifizierte Fachleute, die für die Sanierung benötigt werden, haben aus der ungewissen Situation Konsequenzen gezogen und sich woanders einen Job gesucht. Die meisten Filmwerker aber haben nicht die geringste Chance auf einen Arbeitsplatz. Wenn ORWO stirbt, geht es ihnen auch persönlich an die Existenz.

Lachender Dritter indes ist BAYER. Egal, wie die Treuhand unter dem direkten Einfluß der Konzernangestellten entscheiden wird, das Leverkusener Unternehmen macht auf alle Fälle einen guten Schnitt. Dies behauptet auch ein Kenner der Szene vor Ort, der vermutet, daß BAYER mit Hilfe der Treuhand ein ehemals angesehenes Unternehmen zum eigenen Vorteil ruinieren will. Auf diese Weise wird ein lästiger Konkurrent aus dem Feld geschlagen, den man, wenn er schließlich ganz am Boden liegt, schließlich noch für wenig Geld aufkaufen kann. Geht ORWO vor den Hund, bleibt AGFA kerngesund. ho



Nichts entgeht AGFA - so lautet die aktuelle Werbung des Unternehmens für Farbfilm. Stimmt. In den neuen Bundesländern will sich AGFA das ORWO-Geschäft nicht entgehen lassen. Frei nach dem Motto: Geht ORWO vor den Hund, bleibt AGFA kerngesund

NEU

DOKUMENTATION ZUM BAYER-SKANDAL IN PERU ERSCHIENEN.



C O U P O N

JA, ich bestelle das
aktuelle 40 Seiten
starke Sonderheft für
DM 8,-- zzgl. DM 5,--
für Porto/Verpackung
(Scheck anbei).

Name

Adresse

Telefon

Unterschrift

**JETZT
BESTELLEN!**

Die »Giftschleuder« von Dormagen

Leichtes Spiel für Müllverbrennung

Von Hubert Ostendorf

»Eine Industriegesellschaft ohne Abfall und Reststoffe ist undenkbar.« Mit dieser Binsenweisheit leitete Nordrhein-Westfalens Umweltminister Klaus Matthiesen die Grundsteinlegung für die Errichtung einer Sondermüllverbrennungsanlage am BAYER-Standort Dormagen ein. Das Genehmigungsverfahren für das umstrittene Projekt hat der Chemiemulti mit einer neuen Form der »Bürgerbeteiligung«, hochtrabend »Mediation« genannt, beschleunigt.

Die 200 Mio Mark teure Anlage mit einer Kapazität von 50 Tausend Jahrestonnen festigte den Anspruch des Landes Nordrhein-Westfalens, führend in der Umwelttechnologie zu sein. Die Dormagener Sondermüllverbrennung sei »ein weiterer Meilenstein zur ökologischen Abfallwirtschaft«, betonte Minister Matthiesen. Sprüche dieser Art haben ihm den Beinamen »Der Pyromane von Düsseldorf« eingebracht. BAYER-Chef Dr. Manfred Schneider war deshalb auch voll des Lobes über Matthiesens »klare, eindeutige Position zu effizienter Umwelttechnik«. Gleichzeitig warnte er aber vor übertriebenen gesetzlichen Auflagen, die er unter Hinweis auf die derzeit in Bonn diskutierte Novellierung des Abfallgesetzes als »Überregulierung« verteufelte. Der BAYER-Konzern muß jedes Jahr über 400 Millionen Mark für Abfallbeseitigung aufwenden. Die Betriebskosten für die Dormagener

Anlage, von Schneider beschönigend »Rückstandsverbrennung« genannt, belaufen sich auf 50 Millionen Mark. Auslastungsprobleme wird es bei der Verbrennungsfabrik kaum geben. Schon heute sollen beim Dormagener Werk, das vornehmlich Pestizide produziert, sowie bei der ebenfalls am Ort befindlichen ERDÖLCHEMIE, einer Gemeinschafts-Tochter von BAYER und dem BP-Konzern, fast 45 Tausend Tonnen Abfall im Jahr anfallen. Bei stetig sich verteuern dem Deponieraum scheint die Verbrennung problematischer Produktionsrückstände der einfachste Weg aus der Sackgasse zu sein. Auf diese Weise braucht man sich über komplizierte Müllvermeidungsprozesse wenig Kopfzerbrechen zu bereiten.

Auf den raschen Erlaubnisbescheid für die Sondermüllverbrennung durch den Düsseldorfer Regierungspräsidenten ist BAYER besonders stolz. Erst am 28. September 1987 war die Genehmigung beantragt worden. Dr. Heinz Schaffner, Leiter der sog. Stabsabteilung Umweltschutz im Dormagener Werk erläuterte: »Vier Jahre ... das ist in der heutigen Genehmigungspraxis für Abfallverbrennungsanlagen ... eine vergleichsweise kurze Zeit. Das zeigt, daß wir mit unserer Aufklärungs- und Informationspolitik richtig lagen.« Diese Form der Aufklärung, in Fachkreisen »Mediation« genannt, macht immer mehr Schule. Sind Großunternehmen wie BAYER in der Vergangenheit noch mit der »Brechtstange« gegen Einwendungen betroffener BürgerInnen vorgegangen, bemühen sie sich heute, frühzeitig Kritik aufzuspüren und zu kanalisieren. Eine eigens angestellte Mitar-

beiterin hat deshalb versucht, den AnwohnerInnen die Sondermüllverbrennung schmackhaft zu machen. Hierzu wurden dutzende von Veranstaltungen organisiert und scheinbar großzügige Versprechungen abgegeben. So hat sich BAYER etwa bereit erklärt, 300 Tonnen Krankenhausabfälle im Jahr zu verbrennen, bezogen auf die Gesamtkapazität der im Bau befindlichen Anlage gerade mal 0,6 Prozent. Das »Dialog-Konzept« hat sich bezahlt gemacht. Bei dem Gedanken an die durch das Planfeststellungsverfahren gesetzlich vorgeschriebene Erörterung gerät

WELTWEITER FEUERTEUFEL

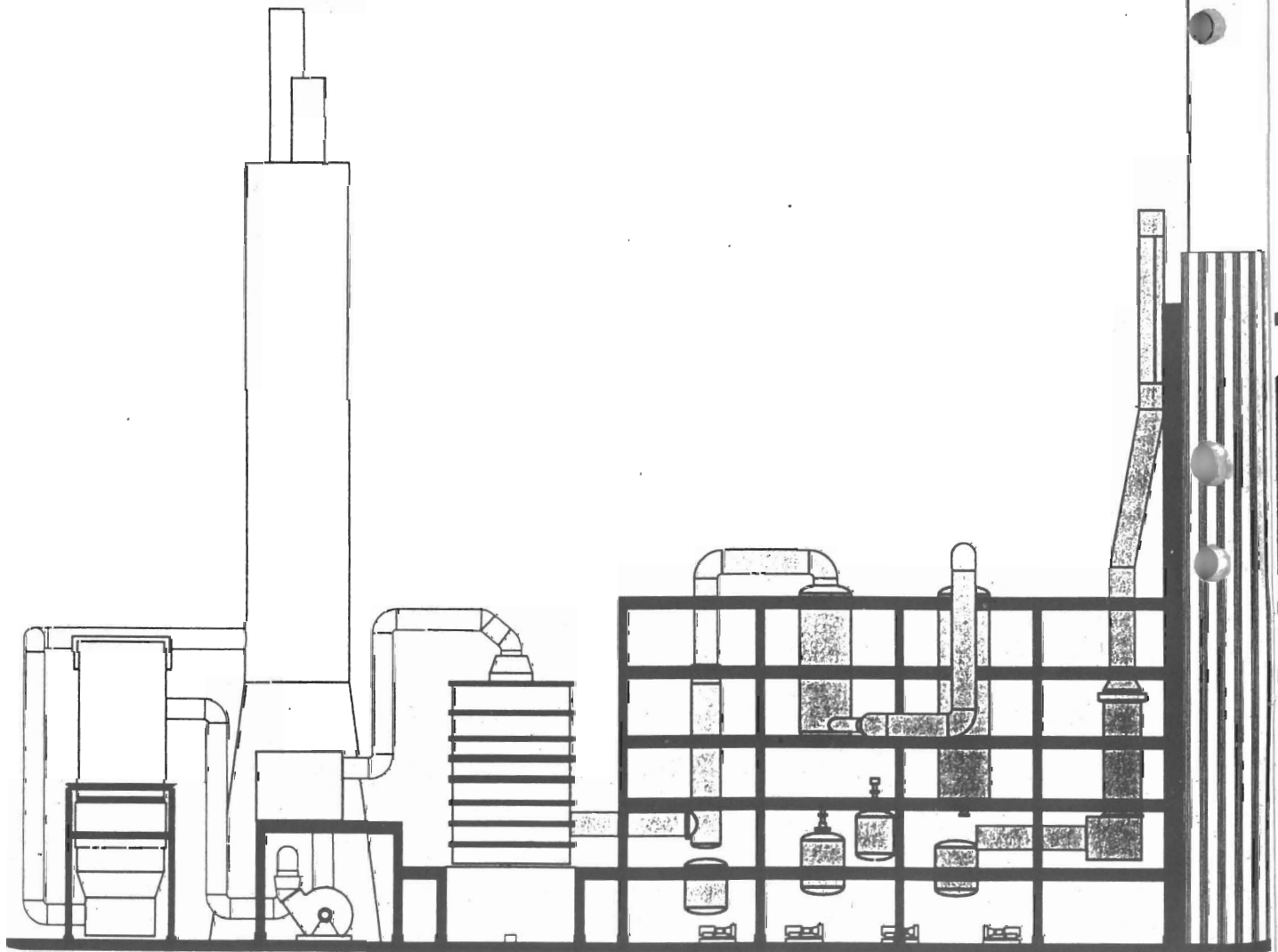
Der BAYER-Konzern ist einer der führenden Anbieter in sog. »Entsorgungs-High-Tech«. Hierbei spielt neben der Abwasserreinigung insbesondere die Abfallverbrennung eine bedeutende Rolle. Der Leverkusener Chemiemulti unterhält Verbrennungsanlagen rund um den Globus. In Deutschland sind Leverkusen, Krefeld, Brunsbüttel und nun auch Dormagen Standorte der gefährlichen Technologie (vgl. SWB 3/90 S. 18 ff.).

Dr. Schaffner fast schon ins Schwärmen: »Sicher gab es harte Auseinandersetzungen, doch alle Gespräche verliefen in einer sachlichen Atmosphäre, bei der jede Seite die Kompetenz des Diskussionspartners akzeptierte. Es ging um die Sache, nicht um Politik und Ideologie.« Schaffner verschweigt allerdings, daß VertreterInnen vieler Bürgerinitiativen, darunter die COORDI-

NATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), seinerzeit eindringlich vor den Gefahren der Verbrennung gewarnt haben. Der damalige CBG-Geschäftsführer Achim Schmottlach erinnert sich: »BAYER hat sich von den vielen, durchaus fundierten Einwänden, kaum berühren lassen.« Die in der Tat geringe Zahl der Einwendungen erklären KritikerInnen so: An einem Standort, der weitgehend von *einem* Arbeitgeber dominiert wird, ist die Scheu, gesetzliche Möglichkeiten zu nutzen, besonders groß. Hier wirkt Mediation vor allem einschüchternd. Kommt hinzu, daß viele AnwohnerInnen seit langem resigniert sind und gelernt haben, mit der chemischen Bedrohung zu leben. Nur so sei zu erklären, daß kaum 200 Einwendungen gegen die im Volksmund »Giftschleuder«

genannte Sondermüllverbrennungsanlage eingereicht worden sind. Bei vergleichbaren Projekten müssen die Betreiber mit zehntausendfachem Widerstand rechnen. Die Verbrennungsanlage ist keinesfalls so sicher, wie stets beteuert wird. Eine genaue Abschätzung des Schadstoffeintrages in die Umwelt nämlich ist gar nicht möglich. So scheint nicht einmal sicher, ob die vom Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) festgelegten Grenzwerte für Abluft überhaupt unterschritten werden können. Danach dürfen in einem Kubikmeter Abgas höchstens 0,1 Nanogramm Dioxine und Furane enthalten sein. Eine zwar verschwindend kleine Menge - ein Milliardstel eines Grammes - die aber, so befürchten KritikerInnen, selbst für den Fall, daß BAYER die Grenzwerte einhalten kann, bereits gefährlich

wird. Denn die gewaltige Kapazität der Anlage, verbunden mit der Gefährlichkeit der zu verbrennenden Stoffe und die toxischen Eigenschaften von Dioxin lehren sie das Fürchten. Schließlich ist das Seveso-Gift eine der gefährlichsten Substanzen, die jemals bekannt geworden ist. Winzigste, unvorstellbar geringe Mengen bereits, genügen, einen Menschen gesundheitlich schwer zu schädigen. BAYER allerdings behauptet, abgesichert durch ein Gutachten des Düsseldorfer Medizin-Professors Dr. Hans-Werner Schlipkötter, der bereits des öfteren für das Unternehmen tätig gewesen ist und von BAYER als »unabhängiger Wissenschaftler« ins Feld geführt wird: »Gesundheits- und umweltschädliche Immissionen sind nicht zu erwarten.« »Keine ökologischen Auswirkungen«, das



STICHWORT... DORMAGEN

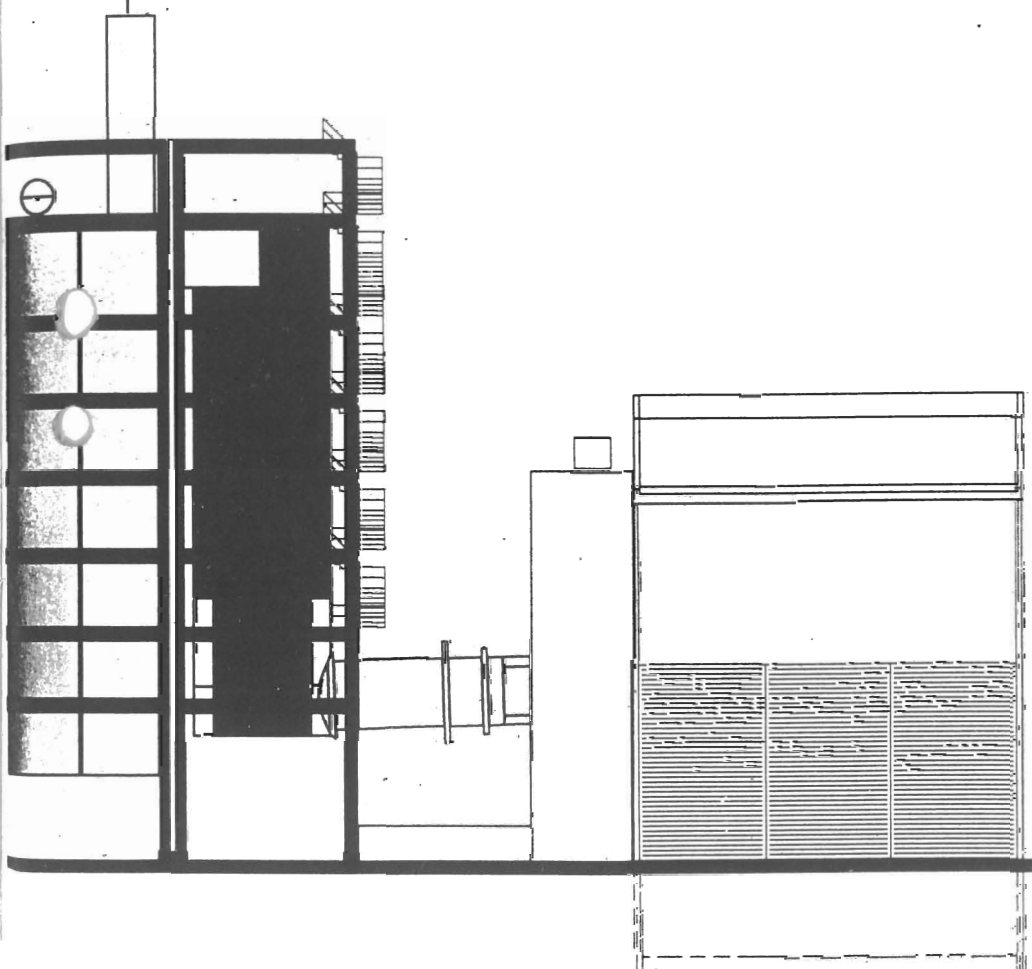
bestätigt auch Schlipköter selbst, dem als Mediziner die Kompetenz für diese Aussage fehlen dürfte. Besonders entlarvend ist eine von BAYER beiläufig getätigte Aussage, die menschlich sich auf der Zunge zergehen lassen sollte. Belegt sie doch, daß das Unternehmen keinesfalls die Garantie dafür übernehmen will, daß die gesetzlichen Grenzwerte auch tatsächlich unterschritten werden können: »BAYER ist verpflichtet, diese Grenzwerte einzuhalten. Allerdings existiert noch keine im Dauerbetriebsproben Verfahrenstechnik, die ein Unterschreiten der Werte garantiert. Wir betreten technisches Neuland und haben uns deshalb entschlossen, der Reinigungssysteme selbst zu übernehmen«, erläutert Dr. Heinz Schaffner.« (aus: BAYER Umweltschutz

Nr.2, S. 77) UmweltschützerInnen vor Ort sehen in der Sondermüllverbrennung eine »bittere Pille für Dormagen«. Herbert Dage, Mitglied der COORDINATION, hat bereits Anfang 1990 »unabschätzbare Risiken« ausgemacht, »da mehr als 1.000 Substanzen und deren Verbindungen untereinander infrage kommen. Es steht fest, daß die Atemluft zusätzlich belastet wird, Wasser und Boden nicht verschont bleiben und spätere Generationen ihre Not mit den hochgiftigen Reststoffen haben werden. Die bitterste Pille für Dormagener BürgerInnen ist, daß sie im Kampf gegen die Anlage von ihren gewählten örtlichen Repräsentanten im Rat, im Werk und von den Gewerkschaften allein gelassen wurden. Es scheint, als hätten sie die spezielle BAYER-Beruhigungspille bekommen.«

STICHWORT DIOXIN

Eines der schwerwiegendsten Probleme bei der Müllverbrennung ist die Entstehung von Dioxin. Der Chemiker Karl Otto Henseling schreibt darüber in seinem neuen Buch »Ein Planet wird vergiftet«: »1957 gelang dem Holzchemiker Sandermann der Nachweis von Dioxin als dem extrem giftigen Bestandteil, der bei der Herstellung von Chlorphenolen und anderen Chloraromaten ... vor allem bei Produktionsstörungen entstehen kann und schwere Krankheiten verursachte (Chlorakne, Perna-Erkrankung). Solche Erkrankungen traten bei einer Vielzahl von Störfällen in der chemischen Industrie auf, am bekanntesten wurde der Chemieunfall, der sich 1976 in Seveso ... ereignete. Dioxine, genauer polychlorierte Dibenzodioxine und Dibenzofurane (PCDD und PCDF), werden in der Umwelt nur sehr langsam abgebaut und aufgrund ihrer hohen Fettlöslichkeit in der Nahrungskette angereichert. Der wichtigste Vertreter dieser Stoffgruppe, das 2,3,7,8-Tetrachlordiozindioxin (TCDD) kann bereits in unvorstellbar kleinen Mengen toxisch wirken. Bereits ein Millionstel Gramm Dioxin reicht aus, um ein Meerschweinchen zu töten. (An dieser Stelle eine Absage an Tierversuche im Namen der sog. Umweltforschung. Die STICHWORT BAYER-Redaktion.) Die Menge, die Ratten übers Futter lebenslang verabreicht werden kann, ohne daß Schäden erkennbar werden, liegt in der Größenordnung von einem Milliardstel Gramm. Das entspricht Konzentrationen im Futter im Bereich von einem ppt (= 1 part per trillion = 1 : 1.000.000.000.000). Eine Konzentration von einem ppt liegt beispielsweise bei einer Belastung von einer Million Tonnen Futter mit nur einem Gramm Dioxin vor. Aus diesen Zahlen wird deutlich, welche Gefahr bereits von wenigen Gramm Dioxin ausgeht.

aus: Karl Otto Henseling, Ein Planet wird vergiftet, Hamburg 92 (ISBN 3 423 014 80 1)



Einwendungen frühzeitig vorgebracht

Im Januar 1988 bereits hat die **COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN** zusammen mit anderen Umweltorganisationen ihre Einwendungen gegen die nun in Dormagen im Bau befindliche Sondermüllverbrennungsanlage von BAYER beim zuständigen Düsseldorf-Regierungspräsidenten eingereicht. Nachfolgend stellen wir die wesentlichen Auszüge daraus dar, die bis heute nicht an Gültigkeit verloren haben.

"... Das Abfallgesetz bestimmt im § 4: 'Abfälle dürfen nur in den dafür zugelassenen Anlagen behandelt ... werden.' Die ... dem Einwender zugänglichen Unterlagen enthalten keine oder nur vollkommen unzureichende Angaben über die zur Verbrennung vorgesehenen Abfälle. ... Neben dem Schornstein sind eine Reihe weiterer Quellen für Schadstoffemissionen vorhanden (Lager, Mischbunker, Pumpen, etc.). Es wird gefordert, diese diffusen Emissionsquellen nach dem Stand

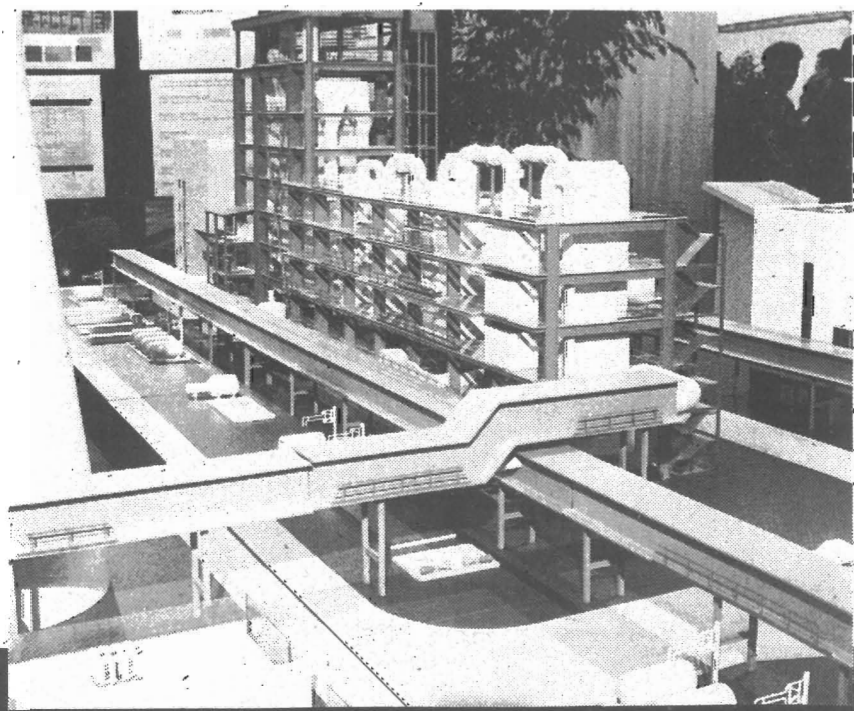
der Technik zu begrenzen." Die **COORDINATION** fordert weiter, die Emissionen bei der Rauchgasreinigung nach dem Stand der Technik zu begrenzen. BAYER hatte für eine Fülle von Stoffen, wie Staub, Salzsäure, Fluor-Wasserstoff, Kohlenmonoxyd, Schwermetalle u. a. keine bzw. keine angemessenen Grenzwerte festgelegt. Hinzu kam, daß für viele Stoffe rein vorsorglich Emissionen beantragt wurden, die eine Gefährdung der Gesundheit nicht ausschließen kann. Insbesondere aber "fehlen spezifische Emissionsbegrenzungen für Metallverbindungen (vor allem Quecksilber)."

Die Einwender führen 'Produkte unvollständiger Verbrennung' (PIC's) auf, wie sie aus der US-amerikanischen Literatur bekannt geworden waren. Eine Studie weist fast 30 z. T. gefährliche PIC's auf. Dies, obwohl 80 bis 99 % der tatsächlichen PIC's aus technischen Gründen nicht identifiziert werden können. Eine besondere

Rolle im Zusammenhang mit den PIC's spielen, das zeigt eine norwegische Studie, bedenkliche bromierte und gemischt halogenierte organische Moleküle, zu denen in den BAYER-Antragsunterlagen zur Genehmigung der Sondermüllverbrennung keine Aussage gemacht worden war. Deshalb haben die Einwender die Unterlagen als "grob unvollständig" qualifizieren müssen. Da eine von BAYER beigelegte Studie "keine wissenschaftlich belegten Quellen für die Aussagen hinsichtlich der Emission von Dioxinen und ähnlichen Problemstoffen nennt, muß die Studie als unwissenschaftlich angesehen werden. ... "Die geplante Giftmüllverbrennungsanlage ist nicht ausreichend gegen Störfälle ausgelegt. ... Es fehlt eine quantitative und qualitative Risikoanalyse, die beispielsweise folgende Störfälle betrachtet: "Brand eines Lagertanks, Stromausfall, Leckage eines Behälters, Fahrzeugkollision." Deshalb lehnten und lehnen die Umweltgruppen die Anlage ab.

TA-SIEDLUNGSABFALL

UmweltschützerInnen, darunter die **COORDINATION**, machen Front gegen eine erneute Förderung der Müllverbrennung. Bonn plant eine 'Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall', die vorschreibt, daß am Ende der 'Müllbehandlung' höchstens 5 % Abfall mit hohem Kohlenstoffanteil übrigbleiben darf, der dann deponiert wird. Eine solche Verringerung von vorwiegend organischem Müll ist nur durch Verbrennung zu erreichen. So verhindert die neue TA Bemühungen zur Müllvermeidung & -Kompostierung und fördert zugleich die Wegwerf-Mentalität. Gefördert wird auch der Bau neuer Verbrennungsanlagen. ExpertInnen rechnen allein für NRW mit 40 Projekten infolge der neuen TA.



Die neue BAYER-Anlage im Modell. Sie soll ab 1994 anlaufen.

STOPPT DIE GIFTSCHLEUDER IN KÖLN

Hilf mit !
Die Stadt Köln plant eine gigantische Müllverbrennungsanlage mit über 500.000 t Jahreskapazität, die unkontrolliert Gifte und Schadstoffe auf Mensch und Natur abgibt. Um dies zu verhindern und den Widerstand bis zum Bürgerentscheid voranzutreiben, brauchen wir Ihre Hilfe.
Spendenkonto: Kreissparkasse Köln
Kto.Nr. 76076, BLZ 37050299

Rücksendecoupon:
 Bitte senden Sie mir weitere Informationen über KRISTALL und zur Müllverbrennungsanlage.
 Ich/Wir wollen daß diese Anzeige auch in anderen Zeitungen erscheint und lege/n deshalb einen Scheck über DM _____ bei.
 Spendenbescheinigung: Ja Nein
 Mein/Unser Name soll auf der Anzeige erscheinen (Ab Mindestspende 20,00 DM) Ja Nein
 Name _____
 Adresse _____

KRISTALL
Leben braucht Zukunft

KRISTALL e.V., Redwitzstr. 66, 5000 Köln 41

Als Betroffene an Leben, Gesundheit und Eigentum fordern wir den sofortigen Stop der geplanten Kölner Müllverbrennungsanlage:

UnterzeichnerInnen: Michael Beck, Köln; Claudia Beschmann, Wesseling; Silvia Boecke, Euskirchen; Roswitha Casper, Köln; Hannelore Conzen, Köln; Beate Freudig, Köln; Johannes H. Gabriel, Köln; Herbert Gemünd, Niederkassel; Wolfgang Georg, Köln; Dr. Thomas Germer, Königswinter; Anne Hoffmann, Köln; Michael Kaiser, Euskirchen; Sonja Kresin, Köln; Manfred Körner, Bonn; Wolfgang Kortlang, M. Gladbach; Christopher Kümme, Köln; Ines Leonhardt, Köln; Ellen Lintermann, Köln; Andreas Litterscheid, Berg. Gladbach; Frank Ludwig, Köln; Dieter Luppertz, Köln; Jürgen Muthmann, Köln; Michael Newen, Köln; Dr. J. Peters, Köln; Medard Püttmann, Köln; Heinz Reinartz, Lohmar; Thorsten Rosansky, Köln; Dr. Jürgen Sartorius, Köln; Bruno Silber, Köln; Uwe Simon, Köln; Michael Sierp, Köln; Paul Schauf, Köln; Veronica Schirmer, Köln; Stefan Schnell, Düsseldorf; Marlies Schrons, Köln; Hansjörg Schupp, Appeltshofen; Dr. Martin Stankowski, Köln; Elisabeth Stratmann, Köln; Barbara Träger, Köln; Alexander Voigt, Köln; Uschi Wenn, Köln; Stefan Wiesmann, Düsseldorf; Franz Wittkamp, Köln; Iskender Yediler, Köln; Rainer Zinkel, Köln;

Verbände und Initiativen:

Bürgeraktion "DAS BESSERE MÜLLKONZEPT NRW e.V.", Prinz Albert Str. 43, 5300 Bonn;
KRISTALL e.V., Köln; Kölner Interessengemeinschaft "Müllvermeidung statt Müllverbrennung e.V.";

AKTIV

Zweite Abfall-Konferenz in Barcelona

Am 25./26. September fand im spanischen Barcelona die zweite Abfall-Konferenz der europäischen Umweltbewegung statt. Unser Mitglied, Annette Bruhns, hat dort die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN vertreten. Weitere teilnehmende Organisationen waren: GREENPEACE Dublin, Women's Environmental Network London, Ökoinstitut Darmstadt, Ökopol, BUND Berlin, WWF Italien sowie mehrere AktivistInnen aus ganz Spanien, Südfrankreich, Mallorca und Dänemark. Die Themen: Müllexport und deren Bekämpfung sowie Verringerung von Haus- und Industrieabfall.

Annette Bruhns erinnerte in ihrem Vortrag an die Verantwortung der Industrie und stellte die verursacherorientierte Arbeit der CBG vor. Die Ausführungen fanden sogar ihren Niederschlag in Berichten der spanischen Presse. Unter den vielen Kontakten war ein Farmer der sich durch das BAYER-Mittel SEBACIL Vergiftungen zugezogen hat und einen Prozeß gegen den Konzern angestrengt hat.

KonzernkritikerInnen verlassen DUT

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wollte sich am »Deutschen Umwelttag« (DUT 18. - 22.09.92) in Frankfurt/Main mit einem Stand beteiligen. Kaum aufgebaut, hat sie bereits am 19.09. zusammen mit dem Dachverband kritischer AktionärInnen sowie den kritischen AktionärInnen von DAIMLER BENZ und SCHERING diese vielbeachtete Mammutveranstaltung wieder verlassen. Sie protestierte damit gegen eine massive Industriedominanz. (BAYER war auch mit einem Stand vertreten und hat kräftig auf den Foren mitgemischt.) Die stellvertretende BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt kritisiert in einem Brief an den Vorsitzenden des Verbandes der chemischen Industrie (VCI), den HOECHST-Vorstandsvorsitzenden Prof.

Hilger, daß der VCI sich auf dem DUT gewiegt habe, ein zuvor mühselig ausgehandeltes Konsenspapier über Ökobilanzen zu unterschreiben. Zahrt wörtlich: »Wer den Dialog ... ernsthaft will, der mußte eigentlich ein anderes Verhalten an den Tag legen.«

Der DUT war in der alternativen Szene bereits im Vorfeld heftig kritisiert worden. Kleinere Umweltschutzgruppen wurden durch Standmieten bis zu 150 Mark pro Quadratmeter abgeschreckt. Zudem führten Äußerungen des DUT-Geschäftsführers Wolfgang Weinz, in denen er den DUT verharmlosend als »Körner- und Kräutermesse« bezeichnete, zu Verärgerung. Der Abgang der »Kritischen« sorgte für ein beträchtliches Medienecho und stellte damit ein Gegengewicht zu den Umarmungskonzepten der Industrie dar. Gegen derartige Vereinnahmung schließlich wehrte sich auch ein »DUT von unten«, der sogar mit einer eigenen Messezeitung (»verDUTzt«) über kritische Ansätze informierte. Enttäuscht über das »Friede-Freude-Eierkuchen-Konzept« der Veranstalter blieben viele Menschen dem DUT von vornherein fern. Statt der erwarteten 100.000 Eintrittskarten wurden gerade einmal 17.000 verkauft.



AustralierInnen gegen E 605

Die australische Gewerkschaft »Australian Workers Union« (AWU) hat eine Kampagne zum Verbot des Pestizides Parathion, bekannt als E 605, gestartet. Die AWU-AktivistInnen stellen fest, daß Parathion, von der US-amerikanischen

Gesundheitsbehörde als »systematisch vergiftend« bezeichnet. 1947 von den Nazis als Nervengift produziert worden ist. In einem Kampagnen-Flugblatt fordern sie Gesetzgeber, Großfarmer und Industrie auf, Parathion zu bannen. Viele AWU-Mitglieder, die sich als Feldarbeiter verdingen, sind durch Parathion gesundheitlich schwer geschädigt worden.

In einem Brief an die BAYER-Niederlassung in Melbourne fordert die Gewerkschaft die Einstellung des Vertriebes für das gefährliche Insektizid. BAYER habe darauf, wie der AWU-Funktionär Dr. Yossi Berger mitteilt, zurückhaltend und kühl reagiert. Das Unternehmen bestünde darauf, Parathion bzw. Parathionmethyl weiterhin zu verkaufen.

Der Arbeit der COORDINATION zollt der Mitarbeiter der mächtigen Gewerkschaft großen Respekt. »Verglichen mit dem, was ihr tut und bereits getan habt, ist unsere Anstrengung erst ein Anfang«, schreibt er. Die verursacherorientierte Arbeit wertet er als »Start in eine Richtung, die wir (AWU) zum Wohl unserer Mitglieder fortsetzen müssen«.

Außer Fensterreden nichts gewesen. Eröffnung des DUT auf dem Römer.

Kampagne gegen Kunstnahrung

Die VERBRAUCHER INITIATIVE führt eine Kampagne gegen bestrahlte Produkte und gen-

technisch manipulierte Lebensmittel durch. Die Organisation befürchtet, daß durch den EG-Binnenmarkt diese Produkte »grenzenlos« in den Verkauferegalen landen werden. Sie fordert, daß alle bestrahlten und gentechnisch hergestellten Produkte eindeutig gekennzeichnet werden müssen. Information ist erhältlich bei: VERBRAUCHER INITIATIVE e.V., Breite Straße 51, 5300 Bonn 1.

Gegen Gen-Novelle

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und andere Organisationen, darunter die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), sind gegen eine Verwässerung des ohnehin schon schlüpfrigen Gentechnikschutzgesetzes von 1990. Allerdings scheint sich im Bundestag eine große Koalition zugunsten der von BAYER und anderen Unternehmen massiv geforderten Novelle zu formieren. Nach einer ersten Beratung am 12.11.92 ist auch die SPD-Opposition auf den Kurs der Regierungskoalition eingeschwenkt. Die Novelle des Gentechnikschutzgesetzes sieht eine deutliche Erleichterung bei der Zulassung neuer Betriebe vor.

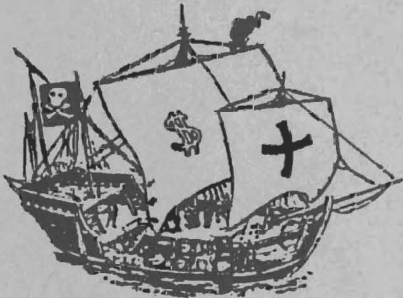
PHARMA

Grüner Punkt auf Pillenschachteln

BAYER ist der erste Pharmaproduzent, der ab 1. Januar 1993 auf den Verpackungen den »Grünen Punkt« einführt. Eine Studie der Technischen Hochschule Berlin hat kürzlich ergeben, daß das Duale System die VerbraucherInnen wesentlich teurer kommen wird als ursprünglich behauptet wurde. Umweltverbände haben den »Grünen Punkt« längst als ineffektive Mogelpackung entlarvt.

EG stört Pharma- Werbung nicht

Die Pharma-Industrie zeigt sich zufrieden darüber, daß die EG-Richtlinien für Arzneimittelwerbung entschärft worden sind. Es wird keine Vorkontrolle von Werbemaßnahmen für Medikamente geben, wie ursprünglich geplant. Auch die Sanktionen bei Verstöß gegen die



500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand



„Es ist nicht unser Schicksal, arm zu sein. Wir sind nicht arm, weil, wie die reichen Ladinós sagen, die Indios nicht arbeiten und faulenzten. Meine eigene Wirklichkeit zeigt mir, daß wir Tag für Tag ab drei Uhr früh auf den Beinen sind und auf unseren Feldern arbeiten. Diese Erkenntnis war für mich sehr wichtig, um mich für den Kampf entscheiden zu können. Heute kann ich sagen, daß unser Kampf nicht mehr aufzuhalten ist. Es ist ein Kampf, den weder die Regierungen noch der Imperialismus aufhalten kann, denn dieser Kampf ist ein Kampf des Hungers und des Elends“.

Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú

Kolumbien im Ausnahmezustand

Beispielhaft für den amerikanischen Widerstand der Indigena- Schwarzen- und Volksorganisationen gegen 500 Jahre Kolonialismus wird hier die Situation in Kolumbien beschrieben.

„Amerika — Einheit in Verschiedenheit“: die Begegnung der Kulturen war Mittelpunkt der seit zwei Jahre geplanten Aktivitäten. Die 84 Indigena-Gruppen Kolumbiens, die nur noch zwei Prozent der kolumbianischen Bevölkerung ausmachen, die Nachfahren der afrikanischen Sklaven, ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung, und die verarmte bäuerliche und städtische Bevölkerung wollten am 30. Jahrestag gegen die offizielle Feier demonstrieren und „sich selbst begegnen“.

Im ganzen Land hatten die regionalen Kampagnenkomitees zum 12. Oktober hin organisiert. In der Pazifikregion Chocó, die überwiegend von Schwarzen bewohnt wird, war ab dem 7. Oktober die Departementshauptstadt Quibdó militarisiert. Trotz der Behinderung demonstrierten am 9. Oktober ca. 1.000 Personen in der Pazifikstadt und forderten Landtitel, Übergabe eines Naturparks an die Katio-Indigenas und die Kontrolle der Konzessionen an Firmen, die den Regenwald abholzen. Der Sitz der staatlichen Entwicklungsbehörde und das Rathaus in der Kleinstadt Riosucio wurden von 400 IndianerInnen, Schwarzen und Bauern friedlich besetzt. Auch im Tolima-

Departement wollten die regionale Indianerorganisation und Basisinitiativen mit den Behörden über alte Versprechen bezüglich Land, Kredite und Menschenrechtsuntersuchungen verhandeln. Die meisten DemonstrantInnen wurden jedoch schon unterwegs vom Militär abgedrängt. Drei VertreterInnen der 500-Jahreskampagne aus der Dominikanischen Republik waren bereits am 2. Oktober in diesem Departement vom Militär festgenommen und tagelang gefoltert worden.

Die schwierigste Situation standen die Indianerorganisation CRIC und die Basisorganisationen im südwestlichen Cauca-Departement durch. Trotz vorheriger Demonstrationserlaubnis durch den Gouverneur des Cauca stellten sich die Sicherheitskräfte den ungefähr 10.000 MarschiererInnen mit Panzern, Maschinengewehren und Tränengas in den Weg. Bei der Räumung des Panamerican Highway wurden Dutzende von Menschen verhaftet und verletzt. Eine Frau verlor dabei das Augenlicht.

In einem Manifest hatten der CRIC und die Basisorganisationen die Regierung zum Dialog aufgefordert und ein ausführliches alternatives Entwicklungsprogramm für das Cauca-Departement vorgelegt. Die Regierung erschien jedoch erst am 13. Oktober mit einer Verhandlungskommission. Bis dahin hatten 7.000 Menschen in einem Fuß-

ballstadion in der Provinzhauptstadt Popayán ausgeharrt, um das Vorstelligwerden der Regierungskommission zu erzwingen.

Am 8. November verhängte die kolumbianische Regierung den Ausnahmezustand und setzte demokratische Kontrollen weitgehend außer Kraft. „Ob wir unsere Bewegungen in dieser Situation am Leben erhalten können, kommt jetzt entscheidend auf Eure Unterstützung an“, appelliert die kolumbianische 500-Jahreskampagne an unsere Solidarität.

Informationsstelle Kolumbien,

Postfach 120 517, 5300 Bonn 1,

Tel. 0228 69 62 05, Fax. 0228 63 06 33.

Protestbriefe an: Dr. Ricardo Sala, Botschafter der Republik Kolumbien, Friedrich-Wilhelm-Str. 35, 5300 Bonn.

Eine Dokumentation über die Indigena- und Basisproteste in Kolumbien kann bei Informationsstelle Kolumbien bezogen werden.



500 Jahre Kolonialismus, wie weiter?

Die bisherige Kampagnenpraxis kritisch hinterfragen

Was brachte die vielbeschworene 500-Jahre-Kampagne? Immerhin den Friedensnobelpreis für Rigoberta Menchú, eine deutliche Rücknahme der Feierlichkeiten in Spanien und eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten weltweit. In der BRD kam eine größere überregionale Aktion zum 12. Oktober 1992 leider nicht zustande.

Die Stärke der Kampagne 1992 lag jedoch in der großen Anzahl der zu diesem Thema arbeitenden Gruppen, die zudem noch unterschiedliche Spektren repräsentierten. Eindeutiger Schwachpunkt war das Fehlen von konkreten politischen Forderungen, im Gegensatz zur Anti-IWF/WB-Kampagne 1987/88 die Schuldstreichung.

Das Fehlen von Forderungen hängt sicher mit verlorengegangenen Perspektiven zusammen. Zentrale Aufgabe künftiger linker Politik wird es deshalb sein, neue Alternativen zum HERRschenden System zu formulieren. Der nächste Bundeskongress developmentspolitischer Gruppen mit dem Thema »Utopien einer neuen Weltwirtschaftsordnung« wird daran

zu messen sein, inwieweit von ihm Impulse für diese Diskussion ausgehen.

Naheliegen würde eigentlich, die Kampagne 1992 mit dem bislang zu kurz gekommenen Thema EG-Binnenmarkt fortzuführen, das ebenfalls ein Schwerpunkt des nächsten BUKO sein wird. Bei der Beschäftigung mit der EG sind allerdings zwei Schwierigkeiten zu berücksichtigen. Zum einen ist das Thema sehr komplex und schwer zugänglich, weshalb viele Gruppen vor einer intensiveren Auseinandersetzung zurückschrecken. Zum anderen birgt es eine hohe Sprengkraft, da innerhalb des BUKO-Spektrums Anti-EG- und EG-Reform-Positionen zum Teil sehr unversöhnlich aufeinanderprallen.

Die bisherige Kampagnenpraxis ist allerdings auch unabhängig vom EG-Thema kritisch zu hinterfragen. Die Kampagnen der letzten Jahre benutzten meist ein konkretes Ereignis zu einem feststehenden Termin als Aufhänger und waren sehr stark auf ein Thema konzentriert. Wenn der jeweilige Stichtag vorbei war, fielen die dazugehörigen Kampagnen wieder in sich zusammen.

BUKO-Strukturen nutzen

Mit dem im Laufe der Jahre im BUKO-Spektrum angesammelten Sachverstand, so z.B. in den BUKO-Arbeitsschwerpunkten Agrarkoordination, Frauenkoordination, Pharmakampagne, Rassismus- und Flüchtlingspolitik, Rüstungsexportkampagne, Weltwirtschaft und Verschuldung ließe sich aber auch anders umgehen. Die Arbeit der einzelnen Arbeitsschwerpunkte läßt sich unter dem Titel 'Weltweite Fluchtursachen / Migrationsbewegungen' mit dem Arbeitsschwerpunkt Rassismus zusammenführen. Durch das Zusammenbringen der im BUKO vorhandenen Erfahrungen könnte ein breiterer, umfassenderer Arbeitsbereich aufgebaut werden.

Mit dieser Strategie könnte der BUKO sich aktiv einmischen, z.B. in die Asyldebatte in der BRD, in der die tatsächlichen Fluchtursachen und die Verantwortlichkeit der hier HERRschenden für diese weitgehend ausgeblendet werden. Christoph Lange, Dritte-Welt-Laden Erlangen, Neustädter-Kirchplatz 7, 8300 Erlangen, Tel. 09131 39 4 63

Aufbau antirassistischer Bündnisse

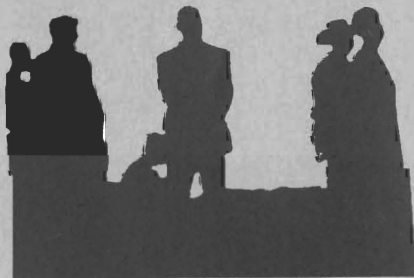
Unausgegorene Notiz an solidarische Menschen

Uns fällt auf, daß je nach Anschlagskonjunktur der Rechtsradikalen und der schweigend johlenden Mehrheit, auch in Dritte Welt- und Internationalismusgruppen das Thema Asyl/Rassismus Aufmerksamkeit findet.

Nur: was nützt es, nach jedem Brandanschlag wieder ein neues Betroffenheitsritual zu organisieren und sich mit Tränen in den Augen an die gesamte Bevölkerung zu wenden und um Verständnis für die armen Flüchtlinge zu bitten.

Wir sollten aufhören, Flüchtlinge zu Objekten und Empfängern unserer gutgemeinten sozialarbeiterisch-caritativen Ratschläge zu degradieren. Unser Gewissen kann an anderer Stelle beruhigt werden. Es geht ganz einfach darum, Flüchtlinge in ihrer Widersprüchlichkeit zu akzeptieren und das Märchen vom "guten Flüchtling" ad acta zu legen. Es sind Menschen, für die es zu Hause keine Existenzgrundlage gibt und die aufgebrochen sind, ein besseres Leben zu suchen. Zum anderen sollten wir nicht so tun, als würden hier lediglich irregeleitete, arbeitslose Jugendliche vor Langeweile, Frust und wegen des fehlenden Golf GTI Molotow Cocktails werfen und bekämen

nur von leider falsch informierten "Normal"-BürgerInnen Beifall zugesprochen. Es geht um nichts anderes, als um Rassismus (und nicht Ausländerfeindlichkeit) als Herrschaftsinstrument vor der eigenen Haustür.



Darüberhinaus geht es auch darum, dieses unbequeme Thema in Dritte Welt Gruppen hineinzutragen. Viele dieser Gruppen haben oft tausende Kilometer entfernt in Ländern der sogenannten Dritten Welt ein oder mehrere Projekte und sind ungemein solidarisch. Wenn dann aber die bisherigen Objekte ihre Solidarität als handelnde Subjekte an die hießigen Fleischtöpfe wollen, verflüchtigt sich die Solidarität im Nirgendwo. Insbesondere bei Dritte Welt Läden läßt

sich dieser zynisch anmutende Mechanismus häufig beobachten. Vielleicht werden hier aber lediglich die Grenzen des "alternativen Dritte Welt Handels" deutlich. Während es aber nicht wenige Menschen in solchen Läden glücklich macht, wenn die Kassen immer häufiger und länger klingeln, stehen Flüchtlinge sprichwörtlich "draußen vor der Tür". Es ist an der Zeit, daß Dritte Welt Läden die gleiche Arbeitszeit, den gleichen Elan und das gleiche Geld, das sie für die Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer Produktpalette aufbringen, in die antirassistische Arbeit vor Ort investieren.

Es liegt an uns selbst, inwieweit uns daran gelegen ist, hier auf Kontinuität bedachte, politisch handlungsfähige Strukturen und Zusammenhänge von unten aufzubauen; gerade auch, weil bei den Parteien zu diesem Thema keine Bündnispartner mehr zu finden sind. Als einer von mehreren Ansatzpunkten bietet sich als eigene Vernetzung die Mitarbeit im BUKO Arbeitsschwerpunkt Rassismus an.

Roland Röder, Aktion 3. Welt Merzig Wadern, Weiskircherstr.24, 6646 Losheim, Tel. 06872/6982, Fax. -7826

Aktion "Gelber Punkt"

Ziel ist es, direkte Fluchtmöglichkeiten für bedrohte Menschen zu organisieren und sich gleichzeitig darum zu bemühen, daß sich die Stimmung auf der Straße verändert, Auseinandersetzungen laufen und die praktische Solidarität langfristig und kontinuierlich organisiert wird.

Beteiligte Geschäfte, Gaststätten, öffentliche Einrichtungen, v. kleben sich von außen gut sichtbar einen großen gelben Punkt (20 cm Durchmesser) an ihre Eingangstür. Der Aufkleber trägt die Aufschrift: „Wir bieten AusländerInnen Schutz vor rassistischen Übergriffen“.

Neben Gesprächen mit den in Frage kommenden GeschäftsinhaberInnen etc. eignet sich diese Aktion hervorragend zur Belastung kommunaler Parlamente u.ä. Einrichtungen. Hier bietet sich die Möglichkeit, entsprechende Anträge auf politische Solidarisierung und Finanzierung einzureichen und damit die Allparteienkoalition in Sachen "Würde des Menschen" vor erhebliche Rechtfertigungsprobleme zu stellen. Wenn es einigermaßen geschickt gemacht wird, läßt sich auch medienmäßig einiges von unseren Inhalten transportieren. Und damit wird öffentlich verstärkt über unsere Themen und Vorstellungen diskutiert.

Begleitend zur ganzen Aktion gibt es ein Plakat sowie Handzettel in den Sprachen deutsch, französisch, englisch, spanisch, persisch, arabisch und türkisch.

Kontakt: BLATTLAUS c/o Gelber Punkt, Försterstr. 22, 6600 Saarbrücken 3, Tel. 0681 / 37 21 75

Kampagnenbeilage der Dritte-Welt-Zeitschriften, Auflage 40.000

Herausgeber: Argentinien-Nachrichten, Blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Dritte Welt, Cuba Libre, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, ides, ika, ila, Korea Forum, Lateinamerika Anders, Lateinamerika-Nachrichten, philippinen FORUM, POSITION, Relaciones, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief, Coordination gegen BAYER-Gefahren, STICHWORT, südostasien informationen, Trialog, WERRKEN

Redaktion: Blätter des iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg, Tel. 0761-74003 Fax. 0761 70 98 66

Layout: Andreas Wenzel
V.i.S.d.P.: Gerhard Rieger

Wir danken dem Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) für die finanzielle Unterstützung und Wilfried Telkämper, MdEP, Die GRÜNEN für die Unterstützung bei der Übersetzung.

Rassismus und Zivilisation

Der in den westlichen Gesellschaften vorherrschende Begriff der Zivilisation hat sich in engem Zusammenhang mit der Entstehung rassistischer Denkweisen entwickelt, ohne diese die im Zuge der Geschichte des Kolonialismus sichtbare Gewalt nicht zu verstehen ist.

Da diese Gewalt in ihrer besonderen Gestalt von Europa ausging, ihre spezifischen Techniken entwickelte und zugleich den in den europäischen Gesellschaften genormten Menschen zum anthropologischen Leitbild erkör, ist es durchaus gerechtfertigt, von Eurozentrismus zu sprechen.

Dieses eurozentristische Denkschema hat bis heute über Jahrhunderte als Legitimationsgrundlage für die physische und kulturelle Vernichtung anderer Gesellschaften und Kulturen gedient. Die Verfolgung und Vernichtung förderte das Bild des 'Anderen', sei es das Bild der Spanier gegenüber den Juden und Arabern oder das Bild der Franzosen und Engländer gegenüber den nordamerikanischen Ureinwohnern. Die Definition des 'Anderen' ist zum einen Gegenprojektion des eigenen Ichs und zum anderen unausweichliche Konstante kolonialen Bewußtseins.

Menschenbilder

Wir wissen, daß der Rassismus sich vielerlei Kleider zulegen kann. Deren Maße können religiös, biologisch, soziostrukturell oder gar sexistisch angelegt sein. Wichtig ist weniger die Richtung ihrer Kausalität als deren Wertbarkeit — nicht etwa zur bloßen Unterscheidung, sondern zur Gegenüberstellung, zur Ausgrenzung und zur hierarchischen Gliederung.

So verwundert es kaum, wie sehr die Argumentationsmuster des spätmittelalterlichen Europas jenen des heutigen gleichen. Wie am Beispiel des Islam zu zeigen ist, findet heute die Gegenüberstellung der Begriffspaare 'Christentum / Demokratie' versus 'Islam / Diktatur / Totalitarismus' statt. Heute konstituiert sich ein 'Modell Europa', das sich als Wiege der Zivilisation und kohärente Weltmacht präsentieren will. Jene Regionen, welche die vermeintlichen Störfaktoren ihres 'universalistischen' Anspruchs darstellen, gelten als der nicht zivilisierte Teil der Welt.

Chauvinismus

Das europäische Bild des 'Anderen' war bereits ab dem 12. Jahrhundert, am Vorabend der Entstehung islamischer Nationalstaaten, definiert mit der Assoziationskette 'wild / islamisch / Naturzustand // schwarz', ethisch untermauert von einem 'barbarischen, degenerierten und tyrannischen' Islam. Weit verbreitet

war die Ansicht, die Lehre Mohammeds gründe sich auf Aggression und Krieg, fördere Polygamie, Sodomie und sexuelle Promiskuität: „Das Paradies aber sei für ihn ein Garten sexueller Freuden und Leidenschaften“ (vgl. Miles). Es handelt sich hierbei um Eigenschaften, die bereits im Katholizismus tabuisiert wurden, im Zuge der Zivilisierung von Leidenschaften und des Prozesses der Triebbeherrschung. Diese Normung des bürgerlichen Bewußtseins beinhaltet die Entfernung von konkreten Lebenserfahrungen, sie ist „geleitet von der Einsicht in die Notwendigkeiten“ (Hegel).

Möchte man im Verlauf der Kolonisierung andere Kulturen erobern, so muß man sie auch nach Maßgabe der eigenen religiös verkleideten 'Entwicklungsverständnisses' unterwerfen. Mit diesem Drang zur Christianisierung korrespondiert folgerichtig der Glaube, der 'Anderer' befände sich noch im Naturzustand auf der Vorstufe der eigenen Entwicklung, die eines Tages auch zu verschwinden hätte, um einer anderen, "höheren" Ordnung Platz zu machen.

Dieses Muster unterliegt bis heute allen rassistischen Theorieansätzen und führt zur selben Konsequenz: Entweder eine Rasse ist der anderen qua Herkunft überlegen und hat somit das 'Naturrecht' auf Lebensraum des 'Anderen', oder das 'Anderer' befindet sich als Zivilisation noch im Werden und muß daher gelenkt und zugerichtet werden.

Önder Erdem, Infobüro Nicaragua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202 493 63 05, Fax. 0202 452 129

Literaturhinweise:

S. Amin: Eurocentrism. Monthly Review Press, New York 1989

E. Halibar, J. Wallerstein: Rasse Klasse Nation 1990

BEKKO (Hg.): 1492 - 1992. 500 Jahre Kontinuitäten kolonialistischer Politik. Hamburg 1991

A. Föitzik u.a. (Hg.): »Ein Herrenvolk von Untertanen«. Rassismus — Nationalismus — Sexismus. Duisburg 1992

R. Kniaper: Selbstbestimmung als Selbstdisziplinierung und Fremdbestimmung. In: Ders.: Zwang, Vernunft, Freiheit. Frankfurt/M. 1981

Weitere Literaturhinweise zu Rassismus:

A. Kalpakta, N. Räthzel: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Mundo-Verlag, Leer 1990, DM 16,80*

iz3w (Hg.): Festung Europa. Rassismus - Ausgrenzung - Migration. Freiburg 1990, DM 4,—*

Blätter des iz3w Nr.178: Nationalismus — Rassismus. DM 6,—*

BürgerInnen kontrollieren die Polizei u.a. (Hg.): Dokumentation des Schengener Abkommens. DM 5,—*

* zu beziehen bei ADW, Pf 5328, 7800 Freiburg

Bundesweite Koordination von Flüchtlingsinitiativen

Gegen die rassistische Formierung der Gesellschaft

Aus Anlaß des neuen Ausländergesetzes und der damit auslaufenden Duldung von 300.000 Flüchtlingen, sowie der seit Sommer 1990 verschärften Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge gefolgt von rassistischen Pogromen in Hoyerswerda usw., gründeten sich antirassistische Flüchtlings-UnterstützerInnen-Gruppen.

Viele Aktivitäten richten sich an "Weiße", versuchen der rassistischen Hetze entgegenzuwirken, andere solidarisieren sich mit Aktionen von Flüchtlingen.

Im September 1992 bildete sich eine bundesweite Koordination von Flüchtlingsinitiativen und beschloß für Februar 1993 den Beginn bundesweiter Aktionen gegen die Lagerunterbringung von Flüchtlingen, denn in dem neuen Asylverfahrensgesetz vom 31. Juni 1992 nehmen "Sammellager" eine

zentrale Funktion ein. Lager internieren ein soziales Problem, sind zusammen mit der Kriminalisierung ein Instrument der Repression, der Selektion und Deportation. Sie wirken wie mittelalterliche Pranger und sind bedeutend für die Mobilisierung des neuen Rassismus. Die 'Koordination' fordert: keine Lager - keine Polizei - keine Deportation - offene Grenzen, Bleiberecht!

Die Aktionen bestehen aus fünf praktischen Strängen: Rechtsberatung; Aktionen gegen Ausländerbehörden; Aktionen zu den Betreibern (Wohlfahrtsverbände); Solidaritätsaktionen an und in Lagern; Durchsetzung von Wohn- und Lebensräumen.

Wenn dies nicht zu einer Ein-Punkt-Politik verkommen soll, wird es darum gehen, Verbindung zwischen Antirassismus und sozialem Antagonismus herzustellen. D.h.

die Wohnungsnot, neue Armut, eigene Erfahrungen mit Behörden- und Polizeiwillkür zu verknüpfen, um der Komplexität von Rassismus, Sexismus und Klassengesellschaft gerecht zu werden.

Parallel werden auf dem nächsten Bundeskongreß der ImmigrantInnen- und Flüchtlingsgruppen vom 2. bis 4. April '93 in Bremen antirassistische Strategien diskutiert, eine im Vergleich zu den englischsprachigen Ländern relativ neue Debatte. Im Kern geht es dabei um Versuche einer Blockierung der rassistischen Formierung der Gesellschaft.

Kontakt: Anti-Rassistisches Büro Bremen, Sietwall 38, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421 706 444, Fax: 0421 706 445

Auftrieb westeuropäischer Rassismen

Überall in der Europäischen Gemeinschaft wird die Liste von rassistischen und antisemitischen Gewalttaten länger, werden solche Verbrechen zur Normalität. Und das vereinigte Deutschland führt diese makabere Liste an.

Aber auch in Großbritannien passiert alle 20 Minuten eine rassistische Gewalttat und in Frankreich wird die Liste von ermordeten MaghrebinerInnen täglich länger, die Opfer werden immer jünger.

Rechtsextreme Bewegungen und Parteien feiern in Europa erdrutschartige Wahlerfolge: Der Vlaamse Block in Belgien, DVU und Republikaner in Deutschland, Lega Lombarda und MSI in Italien, die Front National in Frankreich, die FPÖ in Österreich. Und der Rest der Parteien marschiert jeden Tag ein Stück weiter nach rechts.

Pogrome entstehen in den Köpfen der Menschen. Und die werden gefüllt mit den Reden der Politiker und mit den Überschriften der Zeitungen. Diejenigen, die die De-

batte über Asyl und Immigration angezettelt und in solchen Maße aufgepeitscht haben, sind mitverantwortlich für die Gewalt, die Flüchtlinge und ImmigrantInnen überrollt.

Da zeichnet der Berliner CDU Fraktionsvorsitzende Landowsky das Bild von „Ausländern, die bettelnd, betragend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehen und nur weil sie das Wort Asyl brüllen, den Steuerzahler sieben Jahre auf der Tasche liegen“. Ein Jahr später redet Kanzler Kohl vom Staatsnotstand. Da fordert der als liberal geltende ehemalige französische Staatspräsident Giscard d'Estaing, nicht mehr von Immigration sondern von Invasion zu reden und folgt damit dem militärischen Sprachgebrauch Le Pens. Und der britische Regierungschef Major möchte für die europäische Gemeinschaft einen Schutzraum gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge, um die Europäer vor Drogen, Terrorismus, Kriminalität und Rassenspannungen zu schützen. Die italie-

nische Variante in Bari, als die albanischen Flüchtlinge ins Stadion gepfercht oder überhaupt daran gehindert wurden, in den Geltungsbereich der Genfer Konventionen zu gelangen, indem die Schiffe schon auf offener See zurückgetrieben wurden.

Der Feind, den uns die alten Krieger jahrzehntelang vorgesetzt haben, ist von der historischen Bühne verschwunden. Heute ist es der 'Asylantenstrom', der unsere europäische Kultur bedroht. Dieses rassistische Szenario ist deshalb so erfolgreich, weil es sich zusammen mit der sogenannten 'Überbevölkerung' und der Ausbreitung des fundamentalistischen Islam zu einem Bild der Bedrohung der Wohlstandsinsel Europa verdichtet. Und diese Ideologie fällt auf fruchtbaren Boden: 500 Jahre Kolonialismus und Eurozentrismus heißt die Ursache dafür, daß es in Europa vielen leicht fällt, sich das neue also alte Feindbild zu eigen zu machen.

Claudia Roth, MdEP

STICHWORT... SCHLAGLICHTER

Paragrafen der Richtlinie sind zu den Akten gelegt. Erlaubt bleibt die »Erinnerungs-werbung« für Pillen und Salben; das heißt Apothekenschilder mit der Aufschrift BAYER sind weiterhin möglich. Durch die EG-Richtlinien wird die Branche lediglich bei der Abgabe von Arzneimitteln für Werbezwecke eingeschränkt und darin, Medikamente, die noch keine Marktzulassung haben, anzupreisen. Die EG-Vorschriften werden Ende dieses Jahres in Bundesrecht übernommen.

Pharma-Neubau in Japan

Die japanische BAYER-Tochter hat kürzlich 48.000 Quadratmeter Land erworben, auf dem ein neues Pharmaforschungszentrum entstehen soll. Baubeginn ist Februar 1993; mit der endgültigen Fertigstellung wird bis zum Jahr 2010 gerechnet. 240 Millionen DM soll die erste Bauphase kosten. Das geplante BAYER-Pharmaforschungszentrum in Fernost ist Bestandteil des internationalen Forschungsreiecks Deutschland-USA-Japan von BAYER.

Pharma-Ausbau in USA ...

Die zweite Ausbaustufe des Pharmaforschungszentrums der US-BAYER-Tochter MILLES in New Haven/Connecticut ist vollendet. Der Konzern hat 130 Mio. Dollar investiert. Die dritte Ausbaustufe allerdings soll erst im Jahr 2000 fertig werden. Dann sollen in dem neuen Superzentrum 800 WissenschaftlerInnen arbeiten. Eines der Schwerpunkte dabei wird die Gentechnologie sein. MILLES bedient sich seit einiger Zeit schon der renommierten Yale-Universität, die in der Nachbarschaft der neuen Forschungsstätte liegt.

... und in Wuppertal

Mit einem Aufwand von 30 Mio. Mark wird BAYER beim Pharma-Forschungszentrum in Wuppertal-Apprath einen Verwaltungstrakt für 200 KollegInnen errichten. Das viergeschossige Gebäude wird Organisationseinheiten mit internationalen

Koordinierungsfunktionen sowie das zentrale Projektmanagement aufnehmen. Weiterhin ist ein Zentralarchiv vorgesehen. Geplante Fertigstellung des Neubaus: Frühjahr 1994.

Ärztetag für Positiv-Liste

Der Deutsche Ärztetag hat auf einer Sändertagung in Köln eine Positiv-Liste für Medikamente gefordert. Sie enthält eine Auflistung der wirksamsten und gleichzeitig preiswertesten Medikamente, geordnet nach Anwendungsbereichen und wäre eine große Hilfe, durch den Pillen-Dschungel durchzufinden. BUKO-Pharma-Kampagne und COORDINATION fordern seit langem bereits eine Einschränkung der Präparateflut. Motto: Weniger Medikamente - Bessere Therapie. Die Pharmaindustrie allerdings hat sich bislang noch stets dagegen ausgesprochen. Eine große Hilfe bietet unterdessen das gerade erschienene Arzneimittel-Kursbuch, die einzige umfassende Kosten-/Nutzen-Übersicht auf dem Markt. Das über 1.500 Seiten starke Nachschlagewerk kann für 176,- Mark zzgl. Versandkosten beim der A.T.I.-Arzneimittelinformation, Petzower Str. 7, 1000 Berlin 39, bezogen werden.

Gegen Seehofer

Dr. Walter Weisinger, Sprecher der Medizinisch-Pharmazeutischen Studiengesellschaft (MPS) und zugleich Leiter des Sektors Gesundheit bei BAYER, hat sich gegen Pläne, im Rahmen der Gesundheitsreform Festbeträge auch für patentgeschützte Präparate einzuführen, ausgesprochen. Darin sei jeder Forschungsstandort Deutschland ... so gut wie tot«, droht er.

KUNSTSTOFFE

MDI-Zuwachs in Spanien

In Tarragona hat BAYER HISPANIA INDUSTRIAL eine neue Anlage zur Produktion des Polyurethan-Vorprodukts MDI in Betrieb genommen. Kapazität der Anlage: 60.000 Jahrestonnen; eine alte Anlage

mit 16.000 Jahrestonnen-Kapazität wurde stillgelegt. BAYER ist seit über 100 Jahren in Spanien präsent; zur Zeit bilden 12 Unternehmen die BAYER-Gruppe im Land auf der Iberischen Halbinsel. BAYER HISPANIA INDUSTRIAL mit Anlagen in Barcelona und Tarragona ist eines davon.

DORLASTAN aus USA

Die BAYER-Kunstfaser DORLASTAN, eingesetzt zur Produktion von Wäsche und Sportkleidung, wird im nächsten Jahr in den USA hergestellt. In Bushy Park/South Carolina wird eine 140 Mio. Dollar teure Anlage mit einer Jahreskapazität von 3.000 Tonnen errichtet. 150 KollegInnen sollen eingestellt werden. In Hofmagen werden derzeit 8.000 Jahrestonnen DORLASTAN produziert. Ob die Kapazität dort durch die neue US-Anlage hinterterragen wird, ist nicht bekannt.

Verbrennen statt Recyceln?

BAYER fordert eine Änderung der Müllverordnung mit dem Ziel, mehr Kunststoff zu verbrennen als zu recyceln. Reinhard Riess, Leiter des Referats Kunststoff-Entsorgung und Umwelt bei BAYER, erklärte, es sei »wirtschaftlich und ökologisch nicht sinnvoll, die Plastikabfälle mühsam auszusortieren und in der Gegend herumzuführen.« VEBIA will dagegen im nächsten Jahr schon mit dem Recyceln von Kunststoffmüll beginnen. Bei etwa 40.000 Jahrestonnen Müll soll auf chemischen Wege der Ölanteil zurückgewonnen werden. Bei BAYER waren Pläne diskutiert worden, Falatten aus recyceltem Kunststoff-Material herzustellen (STICHWORT BAYER 4/92!).

Plaste-Boom

BAYER sieht die Zukunft chemischer Werkstoffe optimistisch. Dabei will sich der Konzern auf die technischen Polymere konzentrieren. Hauptkunden für chemische Werkstoffe sind die Automobil- und Elektroindustrie sowie die Bauwirtschaft. Verstärkt will sich BAYER dem fernöstlichen Markt zuwenden, auf dem Wachstumsraten von fünf

Prozent erwartet werden. Um die Konkurrenz zu unterbieten, soll weiter rationalisiert werden.

Gefahr aus Fernost?

BAYER-Vorstandschef Manfred Schneider hat Angst vor den Japanern. Sein Unternehmen habe zwar die Polyurethan-Chemie erfunden, aber die Japaner hätten die bessere Verfahrenstechnik. Spätestens ab 1994 wollen die japanischen Chemie-Konzerne den westeuropäischen und US-amerikanischen Konkurrenz machen und ihnen das Geschäft nicht mehr allein überlassen. Der BAYER-Konzern ist seinerseits an vier Standorten in Japan verankert und setzte dort im vergangenen Jahr für 2,6 Milliarden DM Waren um.



ÖKONZEPT: BildKalender. Blatt für Blatt konsequenter Umweltschutz. Im Handel erhältlich oder für Informationen diese Anzeige einsenden an: ÖKONZEPT: Verlag GmbH, Postfach 15 02 34 4000 Düsseldorf 1; Telefon 02 11-21 60 18. **ÖKONZEPT: Natur hat Zukunft!**

ENERGIE

Energie-Mafia für den Osten

BAYER gehört zu den westdeutschen Konzernen, die sich zur VEAG zusammenschlossen haben, um das Stromgeschäft in den neuen Bundesländern zu betreiben. Zur VEAG gehören unter anderem noch die PRELUZEN ELEKTRA und RWEL. Zur Zeit gibt es Diskussionen zwischen dänischen Stromerzeugern und deutschen Großkonzernen darüber, ob die VEAG bei den Dänen ans Stromversorgungskabel gehen soll. Sowohl dänische, als auch deutsche UmweltschützerInnen halten den Stromexport weder für ökonomisch noch für ökologisch sinnvoll. Sie bevorzugen eine dezentrale Stromversorgung für die Zukunft der neuen Länder.

UNFÄLLE

Kresol-Wolke über Leverkusen

Eine Kresol-Wolke bildete sich am 23.08.92 bei BAYER in Leverkusen wegen eines Überdrucks an einem Sicherheitsventil. 23 Menschen erlitten dadurch Haut- und Augenreizungen. Rund 100 Autos wurden von der Werksfeuerwehr abgespritzt, da die Chemikalie zu Lackschäden führt. Die 23 betroffenen Menschen wurden in der BAYER-Poliklinik untersucht. Wie es hieß, gab es keine ernstesten Schäden. Kresol wird zur Herstellung von Desinfektionsmitteln und von sogenannten flammgeschützten Weichmachern benutzt.



Ammoniak-Wasser kam aus Leck

Aus einer BAYER-Rohrleitung in Uerdingen, die zwei Werksteile über eine Straße hinweg miteinander verbindet, traten am 20.08.92 100 bis 200 Liter Ammoniak-Wasser aus. Das Rohr sollte demontiert werden. Als es mit Wasser ausgespült wurde, trat an einem Leck des ammoniakhaltigen Wasser aus. Das Umweltamt befürchtete zu Beginn daß ein Teil der Flüssigkeit ins städtische Kanalnetz gelangt sein und die Biologie der Kläranlage bedrohen könnte.

Gas-Unfall in Leverkusen

Am 22. Oktober wurden bei BAYER/Leverkusen zwei Männer schwer und weitere neun leicht verletzt. Sie hatten in einem stillgelegten

Versuchsbetrieb gearbeitet und dabei giftige Gase eingeatmet. Die zwei schwer verletzten Kollegen wurden bewußtlos vorgefunden. Alle Betroffenen zogen sich Vergiftungen zu. Polizei und Gewerbeaufsicht haben Ermittlungen über die ungeklärte Unfallursache eingeleitet.

»Marzipan«-Duft über Leverkusen

Zwar konnten PassantInnen von Niederfeldstraße und Rheinallee die Betriebsstörung bei BAYER/Leverkusen mit der Nase bereits als marzipanähnlichen Duft wahrnehmen. Dennoch seien die am 27.09.92 ausgetretenen Stoffe analytisch nicht nachweisbar gewesen, erläuterte ein BAYER-Sprecher.

Auf dem Parkplatz am Carl Duisberg-Bad mußten Autos von Partikeln der Kresol-Wolke gereinigt werden.

Für »Anwohner und Mitarbeiter« habe »zu keiner Gefahr bestanden«, fügte er stereotyp hinzu. Dies hinderte die Polizei allerdings nicht, die betroffenen Straßen vorsorglich abzusperren. Die Unfallursache lag in der Übernahme einer Chemikalie, bei der entweder die Technik oder die diensttuenden KollegInnen versagten.

ÖKOBILANZ

Umweltamt fordert Ökobilanzen

»Ökobilanzen stellen eine bedeutsame methodische Fortentwicklung der Produktbewertung dar.« Zu

diesem Ergebnis kommt unter anderem eine Studie des Umweltbundesamtes zu diesem Thema. Die Behörde erarbeitete im Rahmen der Studie ein Zehn-Punkte-Programm zur Weiterentwicklung von Ökobilanzen, wobei die Herausbildung eines Verfahrens zur Sicherung der Transparenz als sehr wichtig bewertet wird. Eine Absage erteilt die Studie der Konzernmasche, »hauseigene« Ökobilanzen im Produktmarketing und in der Werbung einzusetzen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat seit Beginn ihres Bestehens die Einführung von Ökobilanzen gefordert. Die Studie (Lang- und Kurzfassung) kann kostenlos angefordert werden bei: Umweltbundesamt, Zentraler Antwortdienst, Bismarckplatz 1, 1000 Berlin 33.

AGFA

AGFA auf »photokina«

Auf der »photokina 92« in Köln zeigte die BAYER-Tochter AGFA massive Präsenz. Mit 5.400 Quadratmetern Standfläche gehörte sie zu den größten Ausstellern.

AGFA in Gera

Knapp 20 Mio Mark hat die BAYER-Tochter AGFA für den Umbau und die technische Einrichtung ihres Laborgerätekwerks im thüringischen Gera investiert.

KONZERN

RATIOPHARM als BAYER-Aktionär

Adolf Merckle, der zu den zehn reichsten Männern Deutschlands zählt, hält ein Prozent des BAYER-Aktienkapitals, und zwar über die Kötitzer Ledertuch- und Wachs-Weike AG. Im Zentrum des Firmenimperiums des Adolf Merckle stehen Herstellung und Vertrieb von Arzneimitteln. Am erfolgreichsten entwickelte sich seit 1973 die Firma RATIOPHARM, die sich auf Generika (Nachahmung und Verkauf patentfreier Arzneien) spezialisiert hat. RATIOPHARM vertreibt zum Beispiel das billigere ASS in Konkurrenz zu ASPIRIN von BAYER.

IMPERIUM

Correcta verkauft

BAYER hat die 100prozentige Tochtergesellschaft CORRECTA GmbH, Bad Wildungen, an die ILLBRUCK GmbH, Leverkusen, verkauft. Bei CORRECTA sind rund 390 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die vor allem Dämmstoffe und Schaumstoff-Formteile herstellen. Für dieses Jahr wird ein Umsatz von 100 Millionen DM erwartet. Mit dem Verkauf setzt BAYER seine Politik fort, sich von Randaktivitäten zu trennen.

Beteiligung an APICHEM

Die italienische BAYER-Tochter hat sich zu 49 % an der im Familienbesitz befindlichen APICHEM in Mussolente/Vincenza beteiligt. Die verbleibenden 51 % verbleiben bei den bisherigen Besitzern. APICHEM vertreibt Polyurethan-Systeme für die Bau-, Auto-, Schuh- und Kühlschrankindustrie. BAYER ist weltweit einer der bedeutendsten Polyurethan-Hersteller.

Mehr NATREEN in Holland

BAYER NEDERLAND BV erweitert die Produktion des Süßstoffes NATREEN. Die bestehende Anlage in Mijdrecht wird um einen 20 Mio Mark teuren Ausbau aufgestockt. Ab 1994 soll das Werk neben Süßstofftablets auch NATREEN FLÜSSIG für den europäischen Binnenmarkt produzieren.

BAYER-Aufsichtsräte verdienen gut

Die Gesamtbezüge des BAYER-Aufsichtsrats belief sich 1990 auf 2.011.000 DM. Damit führt BAYER die Hitliste der höchsten Aufsichtsratsbezüge an, dicht gefolgt vom Daimler-Konzern.

LOGISTIK

Gefahrgut rollt an

Täglich steuern 900 bis 1000 Lkw BAYER in Leverkusen an oder verlassen das Werk, darunter 100 mit flüssiger Ladung. Viele der Transporte

fallen unter die Rubrik »Gefahrgut«. In diesem Jahr wurde eine Probenahmestation für Tankwagen eingerichtet, die zentral von Tanklastwagen angefahren wird. Zur Entnahme von Proben usw. müssen die Wagen nicht mehr über das Werksgelände rollen. 75 Prozent aller BAYER-Güter gehen über die Straße, 15 Prozent per Bahn, der Rest per Schiff. Angesichts zahlreicher schwerer Unfälle bei Gefahrguttransporten auf der Straße preist BAYER seine hohen Sicherheitsstandards: Stichprobenweise würde überprüft, ob die Fahrer befähigt seien, solche Transporte zu fahren, ob sie die vorgeschriebene Sicherheitsbekleidung dabei hätten und ob es keine abgefahrenen Reifen gäbe.

WASSER

Rhein noch lange nicht rein

Dem Rhein geht es zwar besser, aber noch lange nicht gut. So lautet eine Einschätzung des baden-württembergischen Umweltministers Harald B. Schäfer. Die chemische Industrie trägt zur Verschmutzung besonders durch organische Mikroverunreinigungen und Pestizide bei. BAYER leitet nach eigenen Angaben täglich 18 Tonnen Stickstoff, 80 Kilogramm Chrom und 250 Gramm Quecksilber in den Strom (SWB 3/92).

Weniger Salz in die Elbe

Rund 16 Millionen DM hat BAYER in eine Salzwasser- Aufbereitungsanlage im Werk Brunsbüttel investiert. Bei der Herstellung der Kautschukchemikalie »Vulkanox 4020« fallen pro Jahr mehrere tausend Tonnen des Salzes Kaliumchlorid an. Bisher wurden diese Abwässer gemeinsam mit anderen in der Abwasserinhaltsstoffe-Verbrennungsanlage des Werkes »behandelt«, wobei das gereinigte Salz im Abwasser verblieb und über viele Jahre hinweg die Elbe erreichte. Durch das neue Verfahren sollen die eingesetzten Kaliumsalze fast vollständig zurückgewonnen werden. Es ist geplant, das so gewonnene Kaliumsalz zu verkaufen.

ÖKONOMIE

Beim Export auf Platz 3

Die deutsche Chemieindustrie lag 1991 bei den Exporteuren auf Platz drei hinter der Automobilindustrie und dem Maschinenbau. Insgesamt wurden Erzeugnisse im Wert von 83 Milliarden DM ausgeführt. Die Werte gelten für die alten Bundesländer.

Auf »Chemie 92« in Moskau präsent

BAYER hat die Geschäftsbeziehungen zu den GUS-Staaten verstärkt. Vom 15. bis 23. September war das Unternehmen mit einem Stand auf der »Chemie 92« in Moskau präsent, das seit 1978 eine eigene Repräsentanz in der russischen Hauptstadt unterhält.

BÖRSE

Mit eigener Pharma-Aktie an die Börse?

Banker spekulieren, daß BAYER und HOECHST, dem Beispiel der britischen Konkurrentin ICI folgend, ab 1994/95 mit zwei statt bisher einer Aktie an die Börse gehen wird. Berechnungen des Bankhauses SAL. OPPENHEIM zufolge könnte der Marktwert der Aktien nach einer Aufspaltung in ein Chemie- und ein Pharmaunternehmen bis zu 50 % steigen. Wird das Wertpapier derzeit mit ca. 270 Mark gehandelt, könnte sein Wert auf ca. 380 Mark steigen: 300 Mark Pharma- und noch 80 Mark Chemiewert. Da schlagen die Herzen der AnteilseignerInnen, vor allem der Banken, höher.

GEN-/BIOTECH

Ex-BAYER-Mann beim Gen-TÜV

Werner Fionner, bis zum vorigen Jahr Direktor bei BAYER/Leverkusen, gehört zu den Beratern des neugeschaffenen Gen-Labors beim TÜV Südwest. Das Gen-Labor soll die Einhaltung der Sicherheitsstandards bei Firmen überwachen. Damit kontrolliert sich BAYER, selbst

Vorreiter in Sachen Gentechnik, mal wieder quasi selbst. BAYER-Chef Schneider kritisiert im übrigen ständig die angeblich zu hohen Sicherheitsbestimmungen des Gentechnik-Gesetzes in Deutschland.

Mit Gen-Technik gegen AIDS?

BAYER will auf gen-technologischen Weg ein Mittel gegen AIDS entwickeln. Durch diese Technologie soll im Zellkern eine Blockade wirksam werden, die verhindert, daß sich AIDS-Viren vermehren. In diesem Jahr wurden dazu neue Laboratorien in Leverkusen in Betrieb genommen. Die Genehmigung durch den Regierungspräsidenten dauerte ein halbes Jahr. Dr. Hans Jürgen Rosenkranz, Leiter des Zentralbereichs Forschung und Entwicklung bei BAYER, nutzte das umfassende behördliche Verfahren einmal mehr, um damit zu drohen, daß BAYER »die Koffer packt und ins Ausland geht«. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde unter anderem ein Qualifikationsnachweis der MitarbeiterInnen verlangt, Baupläne der Laboratorien und Auskünfte darüber, wie das Versuchsmaterial entsorgt wird.

Zusammen mit der Firma HOECHST hat sich BAYER daran gemacht, insgesamt 100.000 bereits zugelassene Substanzen unter Einsatz vieler Tierversuche auf ihre Wirksamkeit gegen AIDS-Viren zu checken. Bis heute sind bereits 30.000 Mittel durchgetestet. In zwei bis drei Jahren dürften die restlichen Verbindungen abgeklöpft worden sein. Beide Firmen versprechen sich davon die Entwicklung eines Medikaments, das höher wirksam und besser verträglich ist, als die derzeit einzigen am Markt befindlichen Mittel AZT und DD1.



PESTIZIDE

1994 startet GAUCHO

Ab 1994 wird im BAYER-Werk Dormagen das neue Insektengift GAUCHO produziert, das besonders erfolgreich bei Zuckerrüben wirksam soll. BAYER investierte für die neue Produktion rund 60 Millionen DM, wodurch 36 Arbeitsplätze entstehen. Entwickelt wurde GAUCHO bei der japanischen BAYER-Tochter NIHEM BAYER AGROCHEM.

Stagnation bei Pflanzengiften

Mit einem Umsatz von 3,2 Milliarden DM stagnierte der Geschäftsbereich Pestizide bei BAYER im Geschäftsjahr 1991. Trotzdem blieb er der zweitgrößte Bereich. BAYER-Chef Schneider sieht als Ursachen für die Stagnation die Zahlungsunfähigkeit der Länder der »Dritten« und der »Vierten Welt«, den Abbau landwirtschaftlicher Flächen in den Industriestaaten und die wachsende kritische Haltung insbesondere in Deutschland gegenüber dem Einsatz von Pestiziden.

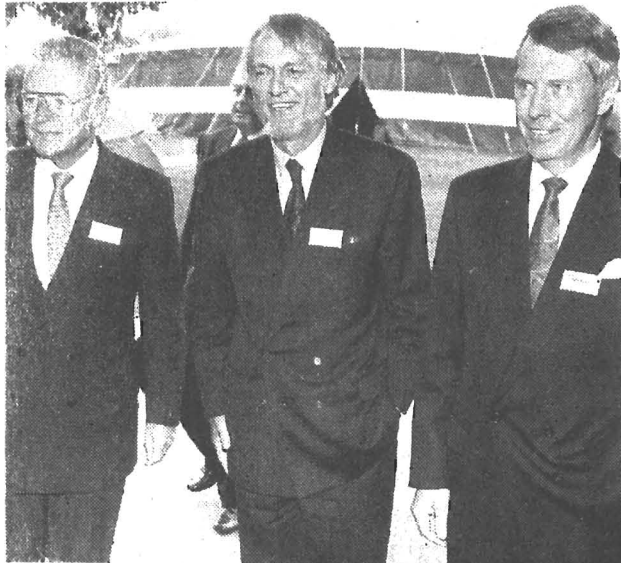
100 Jahre BAYER-Pestizide

Seit 100 Jahren werden bei BAYER Pflanzen- und Insektengifte hergestellt. Es begann 1891 mit einem Mittel gegen die Nonnenraupe, die insbesondere Fichtenwälder befallen hat. In Wuppertal-Eibfeld entwickelten Forscher das »Antinonin«, das 1982 als weltweit erstes synthetisch erzeugte Insektengift zum Patent angemeldet wurde. Seit 13 Jahren unterhält BAYER ein riesiges Pflanzenschutzzentrum mit 2.000 Beschäftigten in Monheim. Bei der Fastveranstaltung beklagten BAYER-Direktoren die sinkende Akzeptanz der Umweltsäfte in der Bevölkerung und die starken gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen. NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen sprach sich bei dem Festakt dafür aus, die chemische Industrie nicht zu stark zu reglementieren.

Die Geschichte der Pestizide ist eng mit der Geschichte der Kampfstoffe verbunden. Mittel

STICHWORT... SCHLAGLICHTER

gegen Fliegen können, ausreichend dosiert, auch Menschen töten. Wen wundert da, daß Kampfstoffe der beiden Weltkriege bei BAXER erfunden worden sind. Noch das neueste Patent, das Nato-Supergift »VX«, stammt aus dem Hause BAYER.



Wechsel bei IVA

Walter Ernst, Leiter des Geschäftsbereichs Pestizide bei BAYER, wurde turnusgemäß in seinem Amt als Vorsitzender des Industrieverbands Agrar e.V. (IVA), Frankfurt, abgelöst. Seine Nachfolge trat Klaus Deichner von BASF an. Stellvertreter von Deichner sind Klaus Gronemann von DOW ELANCO und Peter Koopmann von CIBA GEIGY Deutschland. Pestizide sind der zweitgrößte Geschäftsbereich bei BAYER.

O-Ton

»Wir arbeiten zielstrebig weiter, um die noch vorhandenen geringen Risiken durch chemischen Pflanzenschutz weiter zu minimieren und ihn noch sicherer zu machen.«

Walter Ernst im Editorial zum Sonderheft »Pflanzenschutz auf neuen Wegen«

BELEGSCHAFT

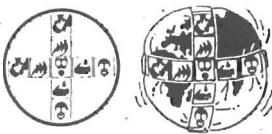
Neues Ausbildungszentrum in Uerdingen

Nach zweijähriger Bauzeit wurde bei BAYER in Uerdingen ein neues naturwissenschaftliches Ausbildungszentrum

eingeweiht. 30 Millionen DM kostete der Bau, der 90 Ausbildungsplätze bietet. BAYER-Arbeitsdirektor Klaus Kleine-Weischede betonte bei der Einweihung die Bedeutung gutausgebildeter Fachkräfte für den Konzern. Betriebsrat Hans Drathen erinnerte daran, daß

100 Jahre BAYER-Pestizide Auf dem Weg zum Festakt: Aufsichtsratsvorsitzender Strenger, NRW-Umweltminister Matthiesen & Vorstandschef Schneider (v. l.)

die Übernahme nach der Ausbildung keineswegs für alle gesichert ist. Bei BAYER in Leverkusen wußten in diesem Jahr vor der Prüfung nur 190 von 380 Auszubildenden mit Sicherheit, daß sie einen Arbeitsplatz bei BAYER bekommen (STICHWORT BAYER 3/92).



Sorgen mit dem Nachwuchs

995 Auszubildende begannen in diesem Jahr ihre Lehre bei BAYER, 83 weniger als im vergangenen Jahr. Die Zahl der Bewerbungen ging um 20 Prozent zurück. 175 Jugendliche traten ihre Lehre nicht an, obwohl sie eine Zusage des Konzerns hatten; sie fanden einen anderen Ausbildungsplatz oder setzten ihre schulische Ausbildung fort. Besonders gravierend ist

der Mangel an geeigneten BewerberInnen für den Beruf des Chemikanten.

AGFA-KollegInnen ohne Aktien

Der Betriebsratsvorsitzende der AGFA GEVAERT AG, einer BAYER-Tochter, ist verärgert. Zum ersten Mal sollen die KollegInnen keine verbilligten BAYER-Belegschaftsaktien mehr erhalten. Vorgeschobener Grund: »Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung«. Dabei hätten die Filmwerker ständige Produktionssteigerungen trotz massiven Personalabbaus geschafft.

Betriebsrat hat Sorgen

Der Leverkusener BAYER-Betriebsrat macht sich große Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung seines Unternehmens. Bereits in der Auswertung des ersten Halbjahres 1992 mit offiziell ausgewiesenen Gewinnrückgängen von 13,7 % bei der AG und immerhin noch 9,8 % beim Konzern (SWB 4/92 S. 15) sehen die Sozialpartner der Unternehmensleitung »kein Licht am Horizont«. Sie fürchten daher, daß bestimmte Geschäftsbereiche abgestoßen und die Personaldecke insgesamt stark ausgedünnt werden wird.

Verjüngung übers Arbeitsamt

Seitdem der Paragraph 128 des Arbeitsförderungsgesetzes ausgelaufen ist, nach dem die Konzerne Millionenbeträge für »Vorruhestandsregelungen« ans Arbeitsamt abführen mußten, nimmt die Zahl älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder zu, die beim Arbeitsamt »geparkt« werden, bis sie vorgezogenes Altersruhegeld erhalten. Zu den Konzernen, die auf diese Art ihre Belegschaft verringern und verjüngen, gehört nach den Erfahrungen des Krefelder Arbeitsamtes auch BAYER.

Erhöhtes Krebsrisiko

Die durchschaubaren BetriebsratskollegInnen von BAYER/Leverkusen haben eine bereits 1989 vorgelegte

werksärztliche Statistik analysiert und dabei festgestellt, daß die KollegInnen überdurchschnittlich häufig an bestimmten Krebsarten leiden: an Asbest-Lungenkrebs, Anilin-Blasenkrebs, dem Multiplen Myelom, einer bösartigen Erkrankung der weißen Blutkörperchen und dem Gehirnkrebs. Insgesamt sei die Lebenserwartung der BAYER-WerkerInnen höher, als im Bevölkerungsdurchschnitt. »Diese Verzerrung war schon deshalb zu erwarten, weil die werksärztliche Untersuchung bei der Einstellung dafür sorgt, daß nur relativ gesunde Menschen in die Belegschaft eintreten«, heißt es.

Per Schnellbus nach Leverkusen?

Vier Prozent der 37.000 BAYER-Beschäftigten in Leverkusen kommen aus dem Kölner Norden. Für diesen Personalkreis forderten die GRÜNEN die Einrichtung einer Expressbuslinie von Pulheim über Chorweiler nach Leverkusen.

GEWERKSCHAFT

Ansichten eines Vorsitzenden

Hermann Rappe, Vorsitzender der IG CHEMIE und Mitglied im BAYER-Aufsichtsrat, hat seine eigenen ökologischen Ansichten: »... Wir müssen das Niveau unserer Volkswirtschaft mit immer geringerem Verbrauch endlicher Ressourcen und immer weniger Naturbelastung verbinden. ...

Anzeige

Offen für
sinnvolle
Projekte.



DIE GRÜNEN
ÖKOFONDS NRW
Volksgartenstraße 35
4000 Düsseldorf

Wir wollen die Zukunft der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft.« Allerdings: »Diese Aufgabe wird mit absoluter Sicherheit nicht gelöst, wenn wir eines Tages an irgendeine grünen Turnschuh-Apostel Recht und Macht zur Mitbestimmung abgeben müssen. ... Wir lassen unsere Arbeit nicht von



ideologischen Spinnern zerreden.« Rappe baut vielmehr auf »den gemeinsamen Sachverstand und das Verantwortungsbewußtsein von IG CHEMIE und Chemieunternehmen.« Gegen den Ausstieg aus der Chlorchemie, von Umweltverbänden massiv gefordert, läuft Rappe Sturm. Wörtlich: »Dagegen sage ich einen unerbittlichen Kampf an, Seite an Seite mit den Unternehmen.«

IG CHEMIE-Frauen zur Nacharbeit

Die BAYER-Betriebsrätin, das IG CHEMIE-Frauenausschuß-Mitglied Gisela Werner, will eine Betriebsvereinbarung zur Nacharbeit erwirken. Dies wird erforderlich, weil das gesetzliche Nacharbeitsverbot für Frauen höchstrichterlich aufgehoben worden ist. Frau Werner wörtlich: »Wenn Frauen nachts arbeiten möchten, wollen wir sie nicht daran hindern, aber wir müssen sie schützen.« Ihre Forderungen: Nacharbeit nur auf freiwilliger Basis, Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze, nachts keine arbeitsintensiven Tätigkeiten, Anbindung der Nacharbeit an qualifizierte Tätigkeiten, Fortbildung nur während der Tagesschicht, Gesundheitsvorsorge, humane Schichtpläne, Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit sowie Ausstiegsmöglichkeiten nach dem 50. Lebensjahr ohne finanzielle Einbußen.

»DRITTE WELT«

Neuwahlen in Brasilien?

Im Dezember 1991 wurden bei der Chemiegewerkschaft im Bezirk Nova Iguacu/Brasilien, zu dem auch das dortige

BAYER-Werk gehört, - SWB-LeserInnen hinreichend durch viele Skandale bekannt - Gewerkschaftswahlen durchgeführt. Dabei hat die fortschrittliche CUT-Gewerkschaft einen Sieg gegen die amtierende »gelbe Gewerkschaft« (Pelegos) davongetragen. Diese hatten sich aber gegen ihre Entmachtung juristisch zur Wehr gesetzt. Das Gericht bestätigte die BAYER-freundliche Pelego-Leitung in ihrem Amt bis zu einer endgültigen juristischen Klärung. Danach stehen wahrscheinlich Neuwahlen an.

GIFTMÜLL

Mülltourismus nach Rumänien

Unter den Giftmüll-Fässern, deren Spur GREENPEACE nach Rumänien verfolgte, befanden sich auch Fässer mit der Aufschrift »Harmful« (schädlich) der BAYER AG. Die gefährlichen Behälter waren als Wirtschaftsgut deklariert worden. Meinolf Sprink von BAYER/Leverkusen wehrt sich gegen die Vorwürfe mit dem Worten: »Die BAYER AG betreibt keinen illegalen Müll-Tourismus, sondern bedient sich eigener Sondermüll-verbrennungsanlagen bzw. Deponien.« Dem folgenden Satz des Zitates muß mensch sich auf der Zunge zergehen lassen: »Das Unternehmen (also BAYER, d. Red.) kann jedoch nicht verhindern, daß leere Behälter mit der Aufschrift BAYER für illegale Transporte genutzt werden.«

Pestizidabfälle nach El Salvador

BAYER hat drei Ladungen Pestizidabfälle nach El Salvador verschickt und der dortigen Regierung Angebote gemacht, gegen Entgelt weiteren Giftmüll abzugeben. Der BAYER-Chemiemüll enthielt nach Auskunft von GREENPEACE unter anderem arsenhaltige Asche und ist, vermischt mit Straßenbauschutt und anderem Abfall, im Golf von Fonseca versenkt worden.

In einem Leserbrief an die Neuß-Grevenbroicher-Zeitung weist ein Leser darauf hin, daß es bei dieser Wiedergutmachung nicht um Rentennachweise und ähnliches geht, sondern um Entschädigung für erlittene



IG FARBEN

Kein Gedenken an Zwangsarbeit

BAYER weigert sich, in Dormagen mit einer Gedenktafel an die ZwangsarbeiterInnen des zweiten Weltkrieges zu erinnern. Zugleich wird diesen Menschen immer noch jede Wiedergutmachung verweigert.

Unrecht und verbrecherische Sklavenarbeit. Die chemische Industrie hat - wie andere Konzerne - durch Zwangsarbeit verschleppter Menschen riesige Gewinne gemacht. In Auschwitz-Monowitz hat das IG FARBEN-Kartell, zu dem auch BAYER gehörte, ein eigenes KZ unterhalten. Dort wurden über 25.000 Menschen zu Tode gezeichnet.

Anzeige



WILL MENSCHEN IN PROJEKTEN UNTERSTÜTZEN

- die keine Ruhe geben
- politisch unbequem sind
- an einer Veränderung der Verhältnisse festhalten
- neue Lebens- und Arbeitsformen ausprobieren
- Gegenkultur und Gegenökonomie entwickeln

1991 förderten wir z.B.:

Bundeskongreß der Immigranten	10.000 DM
Antirassistisches Telefon	1.500 DM
TIO Qualifizierung für ausländische Frauen	2.000 DM
Busrundfahrt für sowjet-jüdische Flüchtlinge	1.500 DM
Kottli e.V. Fest für ausländische Frauen	1.445 DM

WIR SIND AUTONOM UND UNABHÄNGIG

Unsere Mittel erhalten wir nur durch eine Selbstverpflichtung der Vereinsmitglieder zu einer laufenden Beitragszahlung und durch einzelne Spenden.

Netzwerk Selbsthilfe e.V.,
Gneisenaustraße 2, 1. Berlin 61,
☎ 694 30 72

INFOS ANFORDERN

Zuckerguß auf der Giftpille

Das Krückstock-Modell zur Sanierung der Dünnaue

Die letzten Häuser auf der Altlast Dünnaue sind nur noch mit wenigen Familien bewohnt; eine geisterhafte Atmosphäre beschleicht den Betrachter der Giftsiedlung. Eine angrenzende Schule wird von erhöhten Krebsraten heimgesucht. Experten hatten frühzeitig ihre Schließung empfohlen. Nun ermittelt der Staatsanwalt.

Von Detlef Stoller*1

Derweil tummelt sich bereits eine Firma aus dem Örtchen Greppin - dem neuen BAYER-Pharma-Standort in Thüringen bei Bitterfeld - in den leerstehenden Wohnungen und baut alles aus, was sich noch irgendwie verwenden läßt. So werden Kloschüsseln, Waschbecken, Duschtassen, Badewannen und PVC-Fenster eine neue Heimat im Osten finden. Wenn die Wiederverwender mit ihrer Beute abgezogen sind, wird es ernst auf der Leverkusener Dünnaue. Die Häuser an der Rheinallee, sowie ca. 600 Bäume, Hecken und Sträucher werden dem Bagger zum Opfer fallen und müssen einem bisher in der Bundesrepublik einzigartigen Bauwerk weichen: Der Oberflächenversiegelung der Altlast Dünnaue, für die am 13.7.1992 endlich grünes Licht im Leverkusener Rathaus gegeben wurde. Nicht so leicht hatte es dort der geplante Rheinpark - der Zuckerguß auf die Giftpille - den die Stadtplaner auf der versiegelten Altlast errichten wollten.

Der Park - eine alte Idee

Dabei hat die Park-Idee am Rhein in Leverkusen-Wiesdorf eine lange Geschichte. Schon vor ca. 15 Jahren machte eine Bürgerinitiative "Wohnliches Wiesdorf" gegen die Pläne von BAYER mobil, sich das werksnahe Rheinufer für den Bau eines Containerhafens einzuverleihen. Hintergrund war der

geplante Bau der A 59 und der L108, der das Rheinufer für alle Zeiten von Wiesdorf abschneiden würde, da dieses Autobahnmonster in Stelzenlage gebaut werden sollte. Im Zwickel zwischen Autobahnstelzen und Rhein wollte BAYER für den Frachtverkehr den Containerhafen errichten. Der Bürgerinitiative gelang es, ihre Forderung durchzusetzen, daß diese Autobahn - wenn sie vom Bund schon der Stadt aufgezwungen werde - in einem Tunnel unter die Erde verbannt werden müsse. Dadurch könnte das Rheinufer den Leverkusener BürgerInnen als Naherholungspark zugänglich gemacht werden. BAYER allerdings sah die Planung eines Tunnels in direkter Werksnähe nicht gerne, denn der Chemieriese wußte nur zu gut, daß dieser Tunnel durch meterdicken hochgiftigen Chemieabfall gebaut werden müßte. Der Konzern hatte noch allzu sehr die Probleme vor Augen, die dem Landschaftsverband Rheinland beim Bau der Autobahnbrücke 1968 begegneten. Seinerzeit mußten mehrere Arbeiter nach Berührung mit Giften medizinisch versorgt werden. BAYER wollte auf jeden Fall eine Diskussion im großen Stil über die seit 1923 in der Dünnaue abgeschütteten Chemikalien verhindern. So war das Unternehmen wohl ganz froh, als Mitte 1980 namhafte Bundestagsabgeordnete gegen das Tunnelmonster Stimmung machten, weil er "in Leverkusen ganz in der Nähe einer Chlor-Produktionsanlage verlaufen" würde. "Käme es dort zu einem Unglück, so würde Chlorgas, das ja schwerer ist als Luft, in den Tunnel hinabsinken und dort möglicherweise zu einer Katastrophe führen." (aus: Die Zeit; 6.6.1980). Ständig steigende Bauplanungskosten machten die Tunnellösung schließlich derartig teuer, daß das gesamte Projekt an der Finanzmisere scheiterte. 1985 kam im Zuge der kommunalen Verkehrsplanung für

Leverkusen-Wiesdorf der Rheinpark erneut in die öffentliche Diskussion. Nach heftigen Debatten wurde vom Rat der Stadt Leverkusen eine Planungsvariante gebilligt, die für einen großflächigen Park am Rhein wenig Raum ließ, da ein Trog von Straßen (L 108 und BAYER-Lastenstraße) Wiesdorf vom Rhein abtrennte. Erst mit dem Bekanntwerden der Altlast Dünnaue wurden die alten Rheinpark-Pläne wieder aus den Schubladen gekramt. Eine Trassenverlegung für L 108 und BAYER-Lastenstraße vom Rhein weg zur Stadt hin sollte den Park an der Werksmauer verschieben und auf die zu versiegelnde Oberfläche der Altlast Dünnaue fortführen. Aufwendige Planungen ließen vor dem geistigen Auge der Ratsmitglieder einen wundervollen Erlebnisraum Rheinpark entstehen. Die Rheinparkplanung war den Stadtoberen schließlich wichtiger als die Planung der Oberflächenversiegelung. Zur entscheidenden Sitzung lag den Politikern ein wohlklingendes Papier (Vorentwurf Rheinpark Leverkusen; Erläuterungsbericht; Mai 92) vor. Darin heißt es: "Die Dünnaue sollte zurückgebaut und zu einer grünen Achse zwischen Stadtgarten und Rheinpark werden. Für Fußgänger und Radfahrer über Rampen bzw. Treppen ist hier der zentrale Zugang zum Rheinpark, markiert durch ein signifikantes 'Stadttor', das die Straße als Großform überspannt. Der Lärmschutzwall östlich der Rheinallee zur Wohnbebauung liegt mit seiner Oberkante 2 m über Straßenniveau, so daß zwischen Wohnbebauung und Rhein eine 5 m hohe optische Barriere als bepflanzter Wall entstehen wird." Derartige Pracht sollte nicht nur den chemiebelasteten Leverkusenern Erholung bieten, nein, "der Rheinpark soll in seiner Gestaltung, Ausstattung und seinem nutzbaren Angebot sowohl städtische wie auch überregionale Bedeutung und

Anziehungskraft erlangen.“

Die Existenz der Altlast Dhünnaue wurde unter all den "feuchten Mulden und Talungen, steilen Einkerbungen und Sonnenterrassen", die sich "im Lauf der Jahre zu ökologisch wichtigen Standorten für Flora und Fauna entwickeln" sollen, nicht vergessen. Dieser Giftbombe sollte zynischerweise sogar ein eigener "Garten der Sinne" gewidmet werden: "Im Kernbereich des landschaftlichen Parkteils wird ein visionäres Environment als streng oval geformter Einschnitt mit terrasierten Böschungen vorgeschlagen. Hier und in einem in den Hang integrierten Infogebäude soll die besondere Problematik des Standortes, die Sanierung der Deponie, aber auch die erkennbare Umweltproblematik generell bewußt gemacht werden. Um das 'Wasserauge' sollen visionäre Gartenräume, aber auch künstlerisch übersteigerte 'Problemgärten' die Themen Luft, Wasser, Umwelt visualisieren und Denkanstöße geben."

Versiegelung = Sanierung?

Mit einem Federstreich deklarierten die Rheinparkplaner die Oberflächenversiegelung der Altlast

Dhünnaue - eine reine Sicherungsmaßnahme - als Sanierung der Deponie. Von derartigen verbalen Höhenflügen benebelt, erscheint es nicht verwunderlich, daß die Diskussion über das eigentliche Problem - die Einkapselung der größten Altlast West-Europas - kaum stattfand. Ein kritischer Beitrag des WDR-Journalisten Gert Monheim zum Rheinparkprojekt, zwei Wochen vor der entscheidenden Ratsitzung gesendet, setzte sich mit dem Gesamtproblem Altlast Dhünnaue, der Grundwassersituation und der Altlastengrenze auseinander. Er verwies insbesondere auf die gehäuften Krebserkrankungen der am Rande des Giftterrains gelegenen Schule sowie des Kindergartens Adolfsstraße. Fazit: Der Leiter des Leverkusener Gesundheitsamtes, Dr. Linstaedt, hatte schon lange vor dem Bekanntwerden der Krebserkrankungen auf die Gefährdung an der Schul- und Kindergarten-Kinder hingewiesen. (STICHWORT BAYER übrigens auch in seiner Ausgabe 2/90) All seinen Vorgesetzten hatte Dr. Linstaedt 1989 bereits mitgeteilt, daß der Gutachter Dr. Einbrodt - seinerzeit Epidemiologe für die Blut- und Urinuntersuchungen der Dhünnaue-Bewohner - in Gesprächen dafür plädiert hatte, den Schul- und

Kindergartenstandort wegen der verbleibenden Restrisiken aufzugeben. Die Vorgesetzten haben dies geflissentlich ignoriert. In einem Fall hatte Dr. Linstaedt sogar schriftlich auf den Zusammenhang zwischen Tonsillenkrebs (Mandelkrebs) und der Altlast Dhünnaue hingewiesen. Die Kölner Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen Verantwortliche von Stadt und BAYER wegen fahrlässiger Körperverletzung und Tötung.

Den Rheinpark direkt nach Abschluß der Oberflächenversiegelung anzulegen ohne mögliche Setzungen abzuwarten ist unsinnig und gefährlich. Die Frage der Vertikalabdichtung sollte sinnvollerweise vor Bau der Oberflächenversiegelung und des Rheinparks entschieden sein. Die verquere Leverkusener Logik im Verhalten gegenüber BAYER wird in einer Äußerung des Umweltdezernenten Ulrich Koch deutlich (siehe Interview auf Seite 25). In kaum zu überbietendem Zynismus stellt er fest: "Der Staatsanwalt ermittelt gegen Verantwortliche der BAYER AG. Vielleicht wird er auch gegen mich ermitteln. Nur der Staatsanwalt muß uns dann auch bitte mal ein paar Experten nennen, die es besser machen."



Das Spielen auf diesem Spielplatz ist lebensgefährlich.

Foto: Detlef Stoller

In einem ersten Fernseh-Bericht konnte Gert Monheim dem damaligen Leiter des Leverkusener BAYER-Werkes, Dr. Rosahl, ein öffentliches Versprechen zur Sanierung der Dhünnaue entlocken.

BAYER bricht Versprechen

Zwar ist von der zugesagten umfassenden Einkapselung der gesamten Altlast durch BAYER heute nur noch eine "Krückstocklösung" (ein Schenkel Spundwand längs des Rheins mit einem kombinierten Brunnen-System zur Regulierung des Grundwasseranstroms) übrig. Doch wurde immerhin erreicht, daß BAYER Zugeständnisse machen mußte. Das BAYER-Krückstock-Prinzip lautet: "Kein kontaminiertes Grundwasser verläßt den Deponie- bzw. Altlastenbereich". Das umfassendere Konzept der Vollumpundung lautet dagegen: "Kein Grundwasser wird weiterhin kontaminiert". Auf die ökologische Unsinnigkeit des BAYER-Spar-Modells braucht wohl nicht näher eingegangen zu werden. Indes hat sich gezeigt, daß unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Grundwasserpumpleistungen und deren Kosten, der Unterhalt bei Vollumpundung langfristig wirtschaftlicher ist. Dies belegen selbst BAYER-eigene Zahlen, nach denen die jährlichen Unterhaltungskosten bei Teilumpundung 2,3 Mio, bei Vollumpundung nur 1,3 Mio Mark betragen. Einsparung: 1 Mio Mark im Jahr. Die Mehrbaukosten für die Vollumpundung allerdings betragen ca. 40 - 50 Millionen DM. Auf einen Zeitraum von nur 40 bis 50 Jahren gerechnet ist somit die Vollumpundung günstiger, ohne daß ökologische Argumente bemüht werden müßten. Derart langfristigen Überlegungen jedoch sind BAYER fremd.

BAYER baut BAYKOMM:

Zwischenzeitlich konnte der Chemiemulti von den durch Abspecken der zugesagten Vollumpundung auf die Krückstocklösung gesparten 50 Millionen Mark sein Kommunikationszentrum BAYKOMM bauen, in dem die interessierte Öffentlichkeit im Dialog mit

dem Konzern verhackstückt wird. So war die Junge Union des Dürener Raums anlässlich eines Besuchs im BAYKOMM im Januar 92 derart angetan von der BAYER-Produktion, daß sie - für den Konzern medienwirksam - die "High-Tech-Idylle unterm BAYER-Stern" in den Dürener Nachrichten anpreisten. Kritische Fragen kamen den jungen Technokraten nicht mehr in den Sinn. Den Jungpolitikern entging auch völlig, daß sie bei ihrer Rundfahrt durch Leverkusen über die Altlast Dhünnaue transportiert wurden, und bezeichneten Leverkusen in ihrem Artikel angesichts der Vielzahl von Zäunen und Absperungen als "die größte Industrieabstelle Europas" und empfanden diesen Anblick sogar als "idyllisch".

Ein Stadtrat auf BAYER-Linie

Als Beobachter der Ausschuß- und Ratssitzungen mußte man den Eindruck gewinnen, daß diese Entscheidungen um die Sicherung der Altlast Dhünnaue und deren Folgenutzung eher von zufälligen Gesetzmäßigkeiten diktiert wurden, als von Sachlichkeit und Sachkenntnis. So wurden erst durch einen "Neuen" - dem umweltpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Bernhard Marewski - in den beratenden Ausschüssen erstmals konkrete Fragen gestellt, die das ungeheure Projekt dieses Rheinparks auf der Dhünnaue kritisch beleuchteten und hinterfragten. Er wollte wissen, ob diese hochbrisante Altlast Dhünnaue nicht erst wirklich saniert, d.h. geheilt, werden müßte, bevor daran gedacht werden könne, dort Menschen zu Erholungszwecken auszusetzen? Marewski legte der Verwaltung einen umfangreichen Fragenkatalog vor, in deren Beantwortung die Dimension des Problems Altlast Dhünnaue vielen erstmals (!) bewußt wurde. So rechnet die Stadt für die Auskofferung und Behandlung allein des Bereichs Dhünnaue-Mitte mit Zeiträumen zwischen - je nach Verfahren - 40 bis 66 Jahren. In der durch Monheims Film und Marewskis Fragen aufgeheizten Stimmung im Rat kam es dann zu einer eher grotesken Verkettung von Zufällen. Oberbürgermeister

Henning hatte nach langer Debatte dazu aufgerufen, zur Abstimmung zu schreiten. Die Politiker nutzten die Bestimmungen der Geschäftsordnung aus, um noch einmal eine halbe Stunde Statements abgeben zu können. Vollends zur Verwirrung steigerte Statements abgeben zu können. Vollends zur Verwirrung steigerte eine FDP-Abgeordnete die Situation mit einem Antrag auf Einzelabstimmung aller Punkte. Ihr Anliegen war es, die von der SPD aufgestellte Forderung nach Vollumpundung zu kippen. Sie gab vor, gelesen zu haben, daß von der Dhünnaue keine Grundwasserge-



fährdung ausgehe. Verwirrt von den Buchstaben und Zahlen der Vorlagen, einer Vielzahl von Anträgen und bestrebt schnell fertig zu werden, kamen die Fraktionen bei der chaotischen Abstimmung durcheinander und lehnten die Folgeplanung des Rheinparks mit Ausnahme der SPD-Fraktion ab. Der Leverkusener Umweltdezernent Ulrich Koch bemerkte dazu nach der Debatte, "daß der Park im Rat abgelehnt wurde, war wohl nur eine Zufallsmehrheit." Ein Aberwitz. Da doktern an der größten Altlast West-Europas Politiker herum, die, fachlich inkompetent, mit Zufallsmehrheiten heute Dinge beschließen, die morgen wieder über Bord geworfen werden.

Am 14. 12.1992 steht der Rheinpark erneut zur Debatte, diesmal in veränderter Form. Die Verwaltung hat den Garten der Sinne abgespeckt. Die CDU-Fraktion unter Marewski möchte allerdings ähnlich den GRÜNEN jetzt statt eines Rheinparks eine "gestaltete Wildwiese mit flachwurzelndem Gehölz" auf einer zuvor gesicherten Dhünnaue angelegt wissen.

Umfassende Sicherung?

Vielleicht hat die hitzig geführte Diskussion der letzten Monate dazu geführt, daß dieses brisante Vorhaben aufgegeben wird und das eingesparte Geld für die umfassendere Sicherung der Giftpille Dhünnaue eingesetzt wird, denn die Dhünnaue ist ein Faß ohne Boden. Die nun vorliegende Gefährdungsabschätzung zur Dhünnaue-Nord brachte die Bestätigung der Befürchtungen: Dort liegt noch weitaus mehr gefährlicher Chemiemüll als im Bereich der Dhünnaue-Mitte.

Wo liegt das ausgebaggerte Gift?

Über den Verbleib der eingangs erwähnten 1968 beim Autobahnbrückenbau ausgehobenen Chemiemüllmassen kann unterdessen niemand etwas sagen. Möglicherweise sind sie - so der Landschaftsverband Rheinland als damaliger Bauherr - im Umfeld verkippt worden. Erstmals forderten die Gutachter - neben den Sicherungsbarrieren Oberflächenversiegelung und Vertikalumspundung - die Basis der Altlast horizontal mit einer Dichtung zu versehen, da der Eintrag der Schadstoffe ins Grundwasser extrem hoch ist. Für eine solche Sicherungsmaßnahme gibt es noch keinen Maßstab, weder was die Technik anbelangt noch was die Kosten ausmacht.

Es ist derzeit noch nicht zu sagen, wohin die Reise in der Dhünnaue geht. Nach wie vor ist ein Sieg der Schönfärberei wahrscheinlich.

*1 Detlef Stöller ist Mitglied der Dhünnaue-Altlasten-Initiative

*2 Mitschrift eines WDR-Beitrages

Interview mit Ulrich Koch, Umweltdezernent der Stadt Leverkusen

Von Gert Monheim*²

Monheim: Herr Koch, die Stadt hat die zehnte öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit der BAYER AG geschlossen. Welche Vereinbarungen hat sie vertraglich zur Grundwassersituation nach diesem Eingeständnis mit der BAYER AG geschlossen?

Koch: Keine, und dazu bestand auch keine Notwendigkeit aus unserer Sicht.

Monheim: Obwohl das Grundwasser weiter verschmutzt wird.

Koch: Ja, weil wir durch eine Vereinbarung allein das Grundwasser noch nicht wieder verschmutzungsfrei kriegen.. Wir setzen alles daran, daß wir eine Dichtwand kriegen. Nur, wir werden sie im ordnungsbehördlichen Wege nicht kriegen. Denn, wenn wir die sofortige Vollziehung anordnen, das wäre der einzig effektive und schnelle Weg, wird jedes Verwaltungsgericht die ganze Sache aufheben, weil gesagt wird, ihr laßt das jetzt jahrelang schon zu, der Zustand ist euch jahrelang bekannt...

... Auch der Amtsarzt der hier sehr sensibel vorgegangen ist hat nie behauptet und kann diese Behauptung von Dritten auch nicht in irgendeiner Weise untermauern, daß altlastenbedingt diese Krankheitsbilder aufgetreten sind. Man ist hier in der Tat auch medizinisch auf einem sehr unsicheren Terrain.

Monheim: Herr Koch, zumindest in einem Fall hat der Amtsarzt ganz deutlich den Zusammenhang zwischen Altlast und Tonsillenkrebs hergestellt. Wissen Sie das nicht?

Koch: Es sind hier Informationen aus dem Gesundheitsamt. Dazu kann ich nichts sagen. Das sind Krankheitsdaten, die mir persönlich nicht vorliegen, die der Amtsarzt im Rahmen seiner Schweigepflicht auch mir persönlich nicht gesagt hat. ... Die Verlegung der Schule ist empfohlen worden, aber es ist nie, auch nicht seitens des Amtsarztes gefordert worden, eine sofortige Verlegung, sondern nur eine mittel-

fristige Aufgabe dieses Standortes.

Monheim: Seit Bekanntwerden der Krankheitsfälle ermittelt der Staatsanwalt gegen Verantwortliche der BAYER AG und der Stadt wegen des Verdachts der fahrlässigen Körperverletzung und wegen fahrlässiger Tötung. Müssen Sie nicht befürchten, daß demnächst gegen Sie ermittelt wird?

Koch: Das befürchte ich nicht. Denn die Anzeige an sich löst ein Problem in der Regel überhaupt nicht.

Monheim: Ne, aber gegen wen ermittelt denn der...

Koch: Der Staatsanwalt ermittelt gegen Verantwortliche der BAYER AG und der Stadt. Vielleicht wird er auch gegen mich ermitteln. Nur der Staatsanwalt muß uns dann auch bitte mal ein paar Experten nennen, die es besser machen.

Monheim: Nun, alle Verantwortlichen haben seit '87, das ist ja bekannt, von der Gefährdung gewußt und haben auch von dem Votum des Amtsarztes, die Schule zu verlegen gewußt. Danach sind noch Krankheitsfälle neu bekannt geworden vielleicht auch erst entstanden. Also, es hat schon seinen Grund warum der Staatsanwalt in dieser Sache ermittelt.

Koch: Vielleicht fragen Sie da bitte den Staatsanwalt in dessen Hirn möchte ich mich jetzt nicht eindenken.

Monheim: Da ist gerade die Oberflächenabdichtung fertig, dann fangen Sie sofort mit dem Rheinpark an und nehmen sich die Möglichkeit erst mal dieses ungewöhnliche Bauwerk, der wie ich eben gehört habe gefährlichsten Altlast Europas, erst mal zu beobachten und zu kontrollieren.

Koch: Wir haben auch nach wie vor die Möglichkeit zu kontrollieren und wenn die Dichtigkeit an einigen Stellen wider Erwarten durchlässig sein sollte, dann muß an diesen Stellen repariert werden. Nach den uns vorliegenden Erkenntnissen kann das zwar nicht passieren, aber man kann es ja auch nicht ausschließen.

»Gewinne werden ja auch nicht sozialisiert«

BAYER drückt sich vor Altlastsanierung

Weniger bekannt als die Giftsiedlung Dhünnau in Leverkusen, aber gleichfalls hochbrisant ist die Situation in Wuppertal. Auf dem Stadtgebiet befinden sich wahrscheinlich mehrere hundert Altlasten, die alle mehr oder weniger von BAYER mitverschuldet worden sind. Im Stadtteil Varresbeck ist nun eine Bestandsaufnahme initiiert worden, die das ganze Ausmaß der Verseuchung offenbart. Bereits im Vorfeld einer möglichen Sanierung hat das ortsansässige BAYER-Stammwerk eine Kostenbeteiligung abgelehnt. (ho)

Von Thomas Lenz

Auf dem Wuppertaler Stadtgebiet befinden sich wahrscheinlich mehrere hundert Altlasten. Als alter Industriestandort und Geburtsstätte der Firma BAYER verwundert das nicht. Wie gefährlich diese Altablagerungen für Mensch und Umwelt sind, ist noch nicht abzuschätzen. Offen ist schließlich auch, wer die Kosten der Sanierung trägt. Die »Altlast Varresbeck« in Wuppertal-Elberfeld in unmittelbarer Nähe des BAYER-Werkes ist beispielhaft für den Umgang mit dem Problem.

Anfang 1991 wurde im Zuge von Baumaßnahmen an der Varresbecker Straße entdeckt, daß das ehemalige Varresbecker Bachtal von 1920 bis 1950 mit Abfällen und Bauaushub verfüllt worden ist. Eine im September abgeschlossene gutachterliche Gefährdungsabschätzung (siehe Abb.) weist eine Schadstoffliste aus, die, zusammen mit Zeugenaussagen, nur ein Fazit

zulassen: Die AnwohnerInnen leben auf einem giftigen Pulvefaß. Verursacht einerseits von Schlacken des ehemaligen Gas- und Kohlekraftwerkes und andererseits vom BAYER-Werk, das das Gelände in den 20er Jahren als Müllkippe genutzt haben soll. Die AnwohnerInnen wurden durch das städtische Umweltdezernat unverzüglich über die Situation informiert, erste Sicherungsmaßnahmen eingeleitet. Kinder durften nicht mehr im Erdreich herumwühlen. Gemüse und Obst aus dem belasteten Gebiet sollte nicht mehr verzehrt werden. Die Stadt veranstaltete im Laufe der Zeit acht BürgerInnenveranstaltungen, um über den Stand der Dinge zu informieren. Als »neutraler Dritter« wurde das »Institut Kommunikation und Umweltplanung«

(IKU) aus Dortmund beauftragt, die Betroffenen in allen Fragen der Altlast zu beraten. Ein bundesweit ungewöhnliches Verfahren, das in schonungsloser Offenheit unangenehme Dinge beim Namen nennt und die Geschädigten an jedem einzelnen Schritt Anteil nehmen läßt. Deshalb auch ist es auf breite Zustimmung gestoßen. Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumforschung will einer derartigen Herangehensweise an Problemlösungen ein Sonderheft widmen. Auf internationalen Fachtagungen ist die Offenheit des Verfahrens als vorbildlich für den Umgang mit Altlasten gewürdigt worden.

Anfang Oktober wurde der Öffentlichkeit der Endbericht zur

Teilfläche -	Teilfläche 1		Teilfläche 2		Teilfläche 3		Teilfläche 4		Bewertungsmaßstab Garten	
	Mittelw.	Maximum	Mittelw.	Maximum	Mittelw.	Maximum	Mittelw.	Maximum	BV II ⁴	BV III ⁵
Arsen	239	2.700	33	99	24	68	36	260	40	80
Blei	551	1.500	322	1.300	245	730	278	2.500	300	1.000
Cadmium	2,5	9,1	1	2	0,6	1,5	2,9	63	2	5
Chrom	203	1.400	76	228	53	230	136	600	100	350
Kupfer	190	500	260	1.700	87	300	122	1.100	50	200
Knickel	17	62	36	69	33	53	36	100	80	200
Quecksilber	20	280	2	2,4	0,5	1,5	0,6	2	2	20
Zink	376	960	384	630	253	570	638	6.400	300	600
Benzo(a)pyren	3,6	12	6,2	22	1,8	6,6	1,5	12	2	5
									ARGE II ⁴	ARGE III ⁵
Cyanid ¹ gesamt	7	122	8,5	36	5	30	2	2,9	10	100
EOX ¹	0,7	4,4	0,5	1	0,6	4	<0,5	<0,5	1	5
IR-KV ²	56	186	46	243	27	79	21	175	300	1.000
Summe PAK ³ EPA	67	210	76	360	33	130	25	260	10	50

Die Tabelle zeigt die Belastung der Varresbecker Altlast. Verglichen mit Eingreifwerten für die am häufigsten verbreitete Nutzung Garten ergeben sich zum Teil zifgache Überschreitungen bei gefährlichen Stoffen. Die Einteilung der Deponie in Teilflächen wird aus nebenstehender Abbildung deutlich.

Gefährdungsabschätzung vorgestellt. Er zeichnet ein düsteres Bild der Lage. Extrem giftige Schadstoffe, wie etwa Arsen und Quecksilber, sind in hohem Maße aus dem Boden ausgewaschen worden und befinden sich derzeit im Sickerwasser. Eine Sanierung, die verhindert, daß diese Stoffe ins Grundwasser gelangen, ist dringend erforderlich. Dazu ist aktuell ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben worden, das eine geeignete Methode erarbeiten soll.

Unterdessen ist ein Streit über die Verursacher vom Zaun gebrochen. Obwohl keine beweiskräftigen Unterlagen mehr vorhanden sind, dürfte die Beteiligung von BAYER ziemlich feststehen. Auch dürften die Altablagerungen kaum ohne Wissen und Genehmigung der Behörden erfolgt sein. Deshalb ist es nur rechtens, wenn die Stadt Wuppertal als Rechtsnachfolgerin der Stadt Elberfeld sich an der Wiedergutmachung des Schadens beteiligt. Aber auch die ortsansässige chemische Industrie, insbesondere

die Firma BAYER, muß als mutmaßliche Mitverursacherin zur Beseitigung des Schadens beitragen. Hier genau wird es schwierig. So hat noch vor wenigen Wochen die Unternehmensleitung in einem Gespräch mit der GRÜNEN Ratsfraktion jegliche Mitverantwortung abge-

CBG-FORDERUNG

Die **COORDINATION (CBG)** fordert **Beweislast-Umkehr**: Das **Wuppertaler BAYER-Werk** muß **nachweisen**, daß **keine Abfälle** in **Varresbeck** verkippt worden sind. **Ansonsten** soll sich das **Unternehmen** an der **ausstehenden Sanierung** großzügig beteiligen.

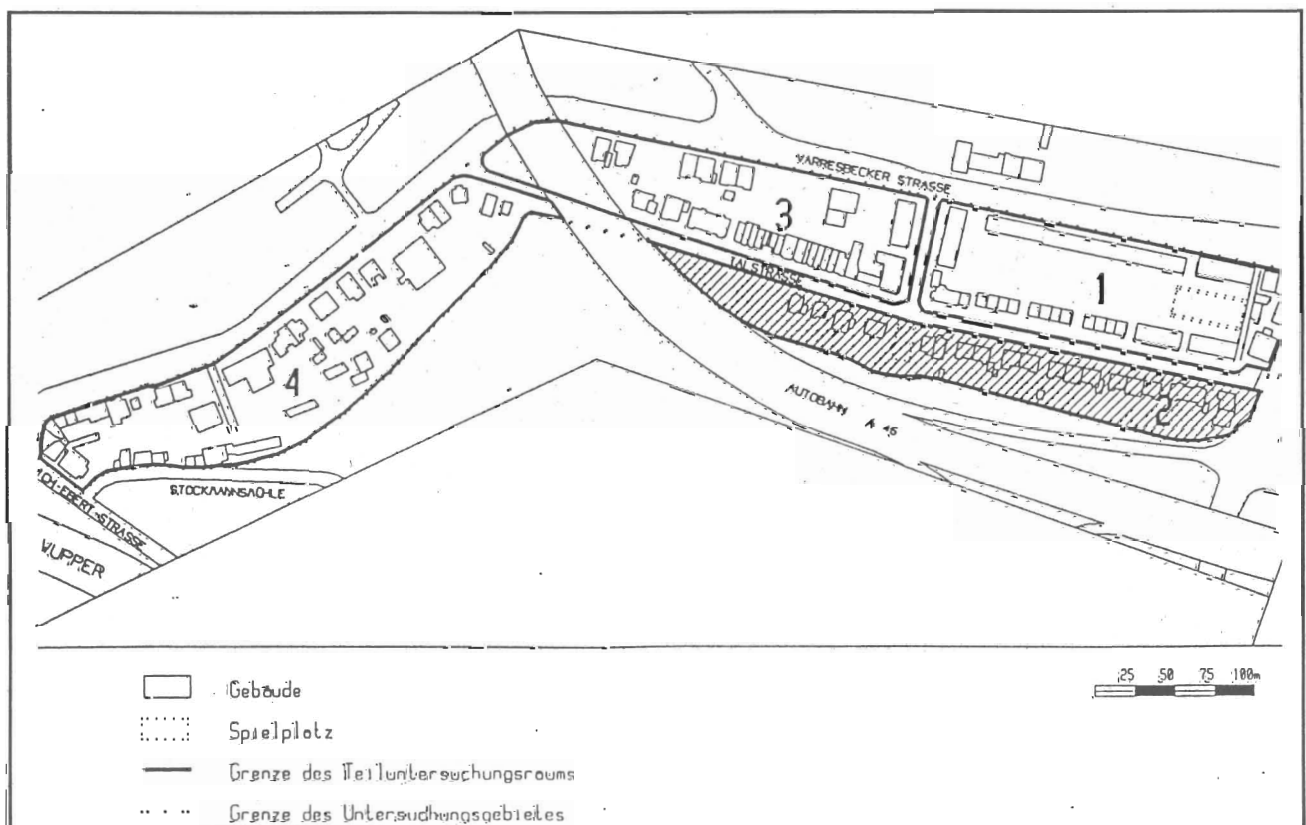
lehnt. Nur wenn durch Unterlagen eindeutig nachgewiesen werden kann, daß BAYER am Abkippen gefährlicher Abfälle beteiligt gewesen war, ist die Werksleitung zu Diskussionen bereit. Daß dies schwierig ist, wenn keine Unterlagen mehr vorhanden sind, liegt auf der Hand. Inzwischen zeigt aber eine Analyse der vorgefundenen Stoffgruppen ein für die Firma BAY-

ER auf der Basis ihrer damaligen Produktionsverfahren typisches Spektrum an Abfallstoffen.

Manchmal indes hilft der Zufall weiter. So wurden bei der Altlast an der Industriestraße (Wuppertal) Behälter mit der Aufschrift »BAYER« gefunden. In diesem Fall war die Firmenleitung nach anfänglicher Abweigerung schließlich doch bereit, einen Teil der Sanierungskosten zu übernehmen.

Wie dem auch sei: Die konkrete Gefährdung der Gesundheit macht ein schnelles Handeln an der Varresbecker Straße notwendig. Wieder einmal werden aber mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht die Verursacher zahlen müssen, sondern die BürgerInnen der Stadt über ihre Abgaben. Es wird daher dringend Zeit, daß Bund und Land zu einer veränderten Gesetzgebung bei der Behandlung von Altlasten kommen. Die Gewinne von BAYER werden ja auch nicht sozialisiert.

* Thomas Lenz ist Stadtverordneter und Fraktionsgeschäftsführer der Wuppertaler GRÜNEN



Übersicht über die Varresbecker Altlast in unmittelbarer Nähe der Wupper. Neben Wohneinheiten ist auch ein Kinderspielplatz von den Bodengiften betroffen.

An alle, die Beifall geklatscht hätten, wenn in Deutschland wieder Menschen verbrannt wären!

Die erschreckenden Ereignisse in Rostock und zahlreichen anderen Orten der Bundesrepublik sowie die noch schrecklichere Gaffer- und Unterstützer-Szene zwingen uns zu folgender Stellungnahme:

- Wieder sind Deutsche bereit, ihre Wut an Unschuldigen auszutöben.
- Wieder sind Deutsche bereit, sich von den eigentlichen Gründen ihrer sozialen Not und beruflichen Perspektivlosigkeit ablenken zu lassen.
- Wieder sind Deutsche bereit, zuzusehen, wie Menschen öffentlich mißhandelt und gejagt werden. Fremdenhaß verdeckt die eigene Leere.
- Asylsuchende kommen nach Deutschland, unabhängig von unserer Rechtslage, weil sie in Not sind, wobei zum Teil organisierte Banden ihnen den letzten Rest ihrer Habe rauben und sie mit falschen Versprechungen locken.
- »Deutschland den Deutschen« weisen wir zurück. Wir leben seit Jahrzehnten mit Menschen aller Nationen zusammen. Sie sind keine Menschen zweiter Klasse. Wir müssen nicht nur, wir wollen mit ihnen zusammenleben.

Für die Vorgänge in Rostock und anderswo gibt es keine Entschuldigung! Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, sich der Kette aus Ressentiment, Verleumdung, Gewalt entgegenzustellen.

Alexander Verlag, Berlin - alibaba Verlag, Frankfurt am Main - Aufbau Verlag, Berlin - Argument, Berlin/Hamburg - BdWf Verlag - Verlag des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen, Marburg - Beltz Verlag, Weinheim - Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn - Bleicher Verlag, Gerlingen - Campus Verlag, Frankfurt am Main - Ergebnisse Verlag, Hamburg - S. Fischer Verlag/Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main - Frauenoffensive Verlag, München - Verlag Frederking und Thaler, München - Freitag - Die Ost-West-Wochenzeitung, Berlin - Verlag am Galgenberg, Hamburg - O. Gracklauer Verlag, Berlin - Peter Hammer Verlag, Wuppertal - Edition Heinrich, Berlin - Hinstorff Verlag, Rostock - Junius Verlag, Hamburg - Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln - Kommune, Frankfurt am Main - Wolfgang Kuniger Verlag, Frankfurt am Main - Antje Kunstmann Verlag, München - KVA Verlagsauslieferung, Kiel - Lambert Schneider Verlag, Gerlingen - Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main - Lütten, Zeitschrift für Leserinnen und Leser, Frankfurt am Main - Luchterhand Literatur Verlag, Hamburg - Moby Dick Verlag, Kiel - Neues Deutschland Druckerei und Verlag, Berlin - Verlag Dirk Nishen, Berlin - Öko-Institut, Freiburg/Darmstadt - Verlag der ökologischen Briefe, Frankfurt am Main - Öko-Test Magazin, Frankfurt am Main - Orlanda Frauenverlag, Berlin - Papyrossa Verlag, Köln - R. Piper Verlag, München - Politische Ökologie, München - Proli Verlag, Fernwald - Quadriga Verlag, Weinheim - Reclam Verlag, Leipzig - Philipp Reclam jun. Verlag, Stuttgart - Rotation Verlag und Vertrieb, Berlin - Rotbuch Verlag, Berlin - Schüren Presse Verlag, Marburg - Semmel Verlach, Kiel - Verlag an der Ruhr, Mulheim - sova Verlagsauslieferung, Frankfurt am Main - sozialistisches Büro Offenbach - tende Verlag, Dülmen - VAS Verlag, Frankfurt am Main - VSA Verlag, Hamburg - Verlag Klaus Wagenbach, Berlin - Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster - Verlag 2000, Offenbach

Strafanzeige eingereicht

Von Ochsenblut, Demagogie & internen Notizen

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat Strafanzeige gegen hohe BAYER-Manager bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Die KonzernkritikerInnen werfen ihnen vor, jahrelang die Produktion und den Vertrieb hochgiftiger sog. Holzschutzmittel veranlaßt und damit die Gesundheit hunderttausender Menschen aufs Spiel gesetzt zu haben.

Von der Strafanzeige betroffen sind der ehemalige Vorstandsvorsitzende und jetzige Aufsichtsratsvorsitzende, Hermann Josef Strenger sowie sein Vorgänger im Aufsichtsrat, Prof. Herbert Grünewald. Ihnen wird vorgeworfen, der Herstellung und dem Vertrieb von sog. »Holzschutzmitteln« durch die Tochter DESOWAG-Materialschutz/Düsseldorf zugestimmt zu haben. Einer internen BAYER-Notiz zufolge hat das Weltunternehmen sogar über die niederländische Firma FLEX CHEMIE falsch deklarierte Chargen nach Indonesien vertrieben. Dies, obwohl die Einfuhr der PCP-haltigen Mittel dort streng verboten war. Dabei ist den BAYER-Führern die Gefährlichkeit ihrer Mittel aus Gutachten und Mitteilungen geschädigter AnwenderInnen heraus durchaus bekannt gewesen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat seit 1983 bereits wiederholt über die Gefahren, die von den Holzgiften XYLADOKOR und XYLAMON ausgehen, informiert. BAYER hatte dies seinerzeit als »einseitige und demagogische Indoktrination der Bevölkerung von der Nordsee bis zu den Alpen« abgetan. Noch auf der diesjährigen Aktionärshauptversammlung zeigte Prof. Grünewald, daß er nicht bereit ist, die Tragweite des Holzgiftskandals anzuerkennen. Er diffamierte eine menschliche Blutprobe, 1987 von einem Opfer nebst Analyse als Beweis für die Schäd-

lichkeit der Mittel an den BAYER-Vorstand überreicht, als »Ochsenblut«.

Am 08. Oktober bereits hat das Bundeskriminalamt (BKA) die BAYER-Standorte Wuppertal und Leverkusen durchsucht und dabei »umfangreiches Beweismaterial sichergestellt und beschlagnahmt«. Die Behörde ermittelt gegen vorerst acht Manager des Chemie-Multis wegen des Verdachts der vorsätzlichen gefährlichen Körperverletzung sowie der Gefährdung aufgrund der Freisetzung von Giften. Die Hauptverantwortlichen bei BAYER werden dadurch allerdings kaum berührt. CBG-Pressesprecher Mark Pletzer: »Deshalb erstatten wir Anzeige gegen Strenger und Grünewald. Es geht nicht an, daß Sündenböcke unterhalb der Vorstandsetage die Suppe allein auslöffeln müssen.«

Bei der staatsanwaltschaftliche Hausdurchsuchung ist es zu schweren Behinderungen durch den Chef-Justitiar des BAYER-Konzernes, Dr. Jürgen Schwericke, der zugleich für die CDU im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten ist, gekommen. Hubert Harth, Pressesprecher des ermittelten Staatsanwaltes Erich Schöndorff hat eine derartige Behinderung der Ermittlungstätigkeit seiner Behörde zuvor noch nie erlebt. Schwericke soll Schöndorff gegenüber gesagt haben: »Sie schaff' ich auch noch.« Der unverzüglich herbeigerufene Werkschutz sei beauftragt worden, die Beschlagnahmung bestimmter Akten zu verhindern. Beinahe sei es sogar zu Tötlichkeiten gekommen. Die Staatsanwaltschaft erwägt nun, gegen Schwericke rechtlich vorzugehen.

Der Strafantrag der COORDINATION steht in unmittelbarem Zusammenhang mit einem in Frankfurt anhängigen Prozeß ge-

gen die DESOWAG-Manager Fritz Hagedorn und Kurt Steinberg, dem größten Umweltverfahren der deutschen Rechtsgeschichte. ExpertInnen schätzen die Zahl der Holzgiftopfer auf mehrere 100.000. Viele von ihnen leiden an schwerwiegenden chronischen Erkrankungen.

§ 229 STRAFGESETZBUCH

(1) Wer einem anderen ...Gift oder andere Stoffe beibringt, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet sind, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

(2) Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung verursacht worden, so ist auf Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren und, wenn durch die Handlung der Tod verursacht worden ist, auf lebenslange Freiheitsstrafe oder auf Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren zu erkennen.

Ausgelöst durch massive Protestaktionen hat der BAYER-Konzern Ende 1986 seinen 37%igen Anteil an der DESOWAG an die internationale SOLVAY-Gruppe veräußert. Parallel dazu ist eine - wie die Staatsanwaltschaft es ausdrückt - »Strategie zur Vertuschung« entwickelt worden, an der insbesondere auch das Bundesgesundheitsamt (BGA) beteiligt gewesen war. Mitarbeiter des BGA's hätten sich, so die Anklage, mit den Herstellern »kurzgeschlossen«. Die Kungelei zwischen Industrie und Gutachtern ging aber noch weiter. So gelang es der BAYER AG prozeßrelevante Wissenschaftler in »rigoroser Weise zum eigenen Vorteil zu beeinflussen«, wie die Frankfurter Anklagebehörde bereits 1990 feststellte. Schließlich konnte BAYER sogar den Präsidenten der »Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin«, Professor Dr. Gerhard Lehnert, für sich verpflichten. ho

BAYER Macht Kasse

liefert unentbehrliche Informationen für GewerkschafterInnen, ÄrztInnen, TierversuchgegnerInnen, Dritte-Welt-Engagierte, UmweltschützerInnen, BAYER-Beschäftigte und -An-

BAYER Macht Kasse

wohnerInnen, PolitikerInnen, Betriebsräte, AktionärInnen...

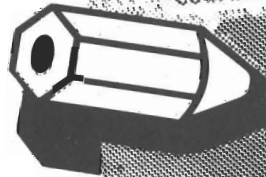
Coupon ausfüllen und senden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren

BAYER Macht Kasse

BERICHTE ÜBER
DIE GESCHÄFTE DES
BAYER-KONZERNS

Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hg.)

ANZEBGE



Coupon

— Exemplar(e) BAYER Macht Kasse für 24,80 DM

5 Expl. für nur 110,- DM (14,- DM gespart)

10 Expl. für nur 210,- DM (38,- DM gespart)

20 Expl. für nur 400,- DM (96,- DM gespart)

Stichwort BAYER (kritische Infos zum BAYER-Multi), kostenlos

zzgl. 5,- DM für Porto und Verpackung.
Lieferung nur gegen Vorkasse. Bitte Scheck beifügen. Alle Preise enthalten 7% MwSt..

Name, Vorname _____

Straße, Tel.-Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich/wir besitzen
— BAYER-Aktien und haben Interesse die Stimmrechte den "Kritischen BAYER-Aktionären" zu übertragen.



Heißer Samba-Rhythmus beim Sommerfest der COORDINATION



Auch die Kinder hatten viel Spaß beim diesjährigen Sommerfest der COORDINATION in Düsseldorf. Maraike Schnura versucht sich an der Samba-Glocke.

Foto: Christiane Schnura

Ein strahlend-blauer Himmel, jede Menge gute Laune und viel Spaß für die Kinder - das ist die Bilanz des diesjährigen Sommerfestes der COORDINATION, das am 22. August in Düsseldorf stattgefunden hat.

Wer die Geschichte der COORDINATION noch nicht kannte oder wer einfach wieder einmal in alten Zeiten schwelgen wollte, der konnte sich die Videos anschauen, die in den Räumen des Düsseldorfer BUND gezeigt wurden. Axel Köhler-Schnura etwa in der Auseinandersetzung mit Werkschutz und Polizei bei dem Versuch, eine kunstvoll gestaltete "Gifftonne" vor die Eingangstore zur BAYER-Hauptversammlung zu stellen. Lang, lang ist's her ... Die meisten Gäste allerdings zogen es vor, bei reichhaltigem Büffet und heißen Samba-Rhythmen - Dank an die Gruppe XINGHU - draußen zu bleiben, wo Uwe Friedrich sich hingebungsvoll dem Feuer und den Grillwürstchen widmete. Eine Gruppe aus Brasilien und einige Kolleginnen von der BAYER-Betriebsratsliste der "Durchschaubaren" diskutierten lebhaft über neue Aktionsformen im Kampf für eine freundlichere Umwelt. Einziger Wermutstropfen (Bier und Wein gab's natürlich auch), die geringe Beteiligung. Hans Rosentahl, Gründungsmitglied der COORDINATION aus Wuppertal brachte es auf den Punkt: "Wo sind nur die ganzen alten Leute geblieben?" Dabei hatte der Vorstand nicht nur alle Mitglieder, sondern darüber hinaus noch viele Kooperationspartner mit einem Brief persönlich eingeladen und sogar privates Quartier für alle Weitgereisten angeboten. "Im nächsten Jahr, zum zehnjährigen Bestehen, müssen aber alle kommen", mahnt Hans.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein gesundes, umweltfreundlicheres

und aktives neues Jahr.

Ja

Ich/wir möchten/n **STICHWORT...**
abonnieren.

Und zwar (bitte ankreuzen) als:

- // Einzelabo (1 Expl./Ausg.)
für **48,00** DM im Jahr
- // ermäßigtes Einzelabo
(bitte **Berechtigungsnachweis**
beifügen)
für **30,00** DM im Jahr
- // Doppelabo (2 Expl./Ausg.)
für **70,00** DM im Jahr
- // Gruppenabo (5 Expl./Ausg.)
für **130,00** DM im Jahr
- // Abo für JournalistInnen,
Institutionen u. a.
für **100,00** DM im Jahr
- // **Auslandsabo** (1 Expl./Ausg.)
für **75,00** DM im Jahr
- // **FörderInnenabo** (Selbsteinstufung,
mind. **100,00** DM)
für _____ DM im Jahr

Nein

Ich/wir abonnieren **STICHWORT...**
nicht, weil ich/wir aktives Mitglied
der **COORDINATION GEGEN BAYER-
GEFAHREN e. V. (CBG)** werden
möchte:n und der Bezug von
STICHWORT... im Mitgliedsbeitrag
enthalten ist.

- // **Einzelmitgliedschaft**
für **120,00** DM im Jahr
- // ermäßigte Einzelmitgliedschaft (bitte Nachweis)
für **60,00** DM im Jahr
- // **Gruppenmitgliedschaft**
bis **100 Mitglieder**
/ für **180,00** DM im Jahr
über **100 Mitglieder**
- // für **300,00** DM im Jahr
- // **Partnermitgliedschaft** für
Ehe **und** sonstige Lebens-
gemeinschaften
für **140,00** DM im Jahr
- // **Fördermitgliedschaft**
(mind. **150,00 DM/Jahr**)
für _____ DM im Jahr

Ich weiß, daß ich das **STICHWORT...** -Abo
innerhalb von 7 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Dazu genügt
eine Postkarte an: **CBG, Vondelstr. 36, 5000 Köln 1.**

Name, Vorname

Telefon

PLZ, Ort, Straße

Datum

Unterschrift

